

### DIE VISITENKARTE FÜR

### SCHULBÜCHER

### PÄDAGOGIK

### KINDERBÜCHER

### KURT HEYMANN

**Eppendorter Buchzentrum** 

2000 Hamburg 20 2000 Hambury 20 Eppendorfer Baum 28 Telefon (040) 48 33 28

2000 Hamburg 20 Hegestraße 29 Telefon (040) 46 13 34

2000 Hamburg 11 Großer Burstah 52 Telefon (040) 36 70 69

### HANSA-BAUKLEMPNEREI GMBH & CO

Sanitäre Anlagen · Rohrleitungsbau RITTERSTRASSE 69 · SAMMELNUMMER 2012 25



### HANSA-ROHRLEITUNGS- UND HEIZUNGSBAU GMBH & CO

KLIMAANLAGEN - SCHWIMMBADANLAGEN - OEL- UND GASFEUERUNGEN RITTERSTRASSE 69 - FERNRUF 2012 25

### AKK

In der Elterninitiative AKTION KLEINE KLASSE haben sich seit dem Herbst 1972 Hamburger Eltern und Lehrer zusammengeschlossen mit dem Ziel, eine breite Öffentlichkeit auf die Hamburger Schulmisere aufmerksam zu machen und auf die Beseitigung der Mißstände hinzuarbeiten.

Wir sind eine parteipolitisch ungebundene Elterninitiative. Jeder, der die Forderungen der AKK unterstützt, kann in der Elterninitiative mitarbeiten, gleichgültig, welcher Partei er angehört. Ablehnen müssen wir allerdings eine direkte Einwirkung der Parteien auf AKK, wie sie etwa gegeben wäre, wenn Parteiorganisationen in der AKK mitarbeiten würden. Aber wir freuen uns über die Unterstützung durch überparteiliche Organisationen, die gleiche Ziele verfolgen. Bisher sehen wir Ansätze dazu zur bei den Gewerkschaften des DGB, insbesondere bei der Lehrergewerkschaft GEW.

Ziel der Elterninitiative ist es, die Mißstände im Bildungsbereich zu bekämpfen und durch eine möglichst breite Aktion der Hamburger Eltern Druck auf die verantwortlichen Politiker auszuüben. Kinder können ihre Rechte allein nicht durchsetzen. Dazu brauchen sie eine "Lobby". Und in dieser Lobby müssen Eltern und Lehrer sich im Interesse der Kinder zusammenschließen.

In der Presse lesen wir u.a.:

"Die AKK - ein Tummelplatz für DKP-Funktionäre"

"Die radikale AKK vertritt die Forderung der Kommunisten"

"Die AKK macht mit unseriösen Forderungen Stimmung gegen die SPD"

Wen will man eigentlich glauben machen, daß die vielen Eltern, die aktiv in der AKK mitwirken, die die tatsächlich bestehenden Mißstände an unseren Schulen erkannt, und zum großen Teil an ihren eigenen Kindern erfahren haben, sich von "DKP-Funktionären" "vor den Karren spannen" lassen.

Eltern, die ihre Freizeit – oft viele Stunden in der Woche – opfern, um in der AKK mitzuarbeiten, geht es nicht um die Stärkung der DKP oder den Agriff auf den Schulsenator, sondern <u>um unsere Kinder</u>

!!! NURUM SIE GEHT ES !!!

 $\begin{tabular}{ll} {\tt Jeder, der davon ablenkt, diskriminiert die Eltern, indem er ihnen Naivität oder Dummheit unterstellt. \end{tabular}$ 

### Zwischenbilanz

In den letzten Monaten ist deutlich geworden, daß die AKTION KLEINE KLASSE (AKK) zu einem politischen Faktor geworden ist, mit dem Schulsenator, Schulbehörde und Parteien zu rechnen haben. Seit es die Elterninitiative gibt, gelingt es den verantwortlichen Politikern immer weniger, den Mangel in Hamburgs Schulen als fehlende Verbesserungen mit der sog. Konsolidierung (Sicherung der bestehenden Verhältnisse) laufend zu entschuldigen. Bei der Bürgerschaftssitzung am 20. Juni kam es bereits um das Thema "AKTION KLEINE KLASSE" zu heftigen parteipolitischen Kontroversen.

Nicht zu übersehen ist außerdem, daß die AKTION KLEINE KLASSE als Koordinationsorgan bei allen Einzelinitiativen unzufriedener Eltern in Hamburgs Schulen eine wichtige Rolle spielt.

Vor allem aber ist es der AKTION KLEINE KLASSE gelungen, das bildungspolitische Bewußtsein der Bevölkerung zu schärfen und die Hamburger Schulmisere zum Thema der Öffentlichkeit zu machen. Seit der Gründung der AKTION KLEINE KLASSE im Januar 1973 sind die drei Rathausparteien gezwungen, sich mit der katastrophalen Schulsituation zu beschäftigen.

Einige Beispiele mögen belegen, daß Eltern aufgrund eigener Erfahrung den Entschluß faßten, aktiv zu werden.

### Jürgen Timm, 38 Jahre, Betonbauer

Eine nach 7 Schuljahren anläßlich einer Versetzungsgefährdung von mir veranlaßte private psychologiache Untersuchung ergab, daß bei meinem Sohn eine starke Konzentrationsschwäche vorlag, die in den ersten Schuljahren hatte erkannt und behandelt werden müssen. Bis dahin völlig passiv – wie viele Eltern – habe ich mich danach sehr engagiert. Ich bin jetzt Elternratsmitglied und Nitglied der AKK, die mit ihrer Forderung u.a. nach Senkung der Klassenstärken eine der wichtigsten Voraussetzungen erreichen will, daß vielen Kindern und Eltern oben geschilderte Schwierigkeiten erspart bleiben.

### Traute Harning, 34 Jahre, Hausfrau

Ich bin Mutter einer in diesem Jahr eingeschulten Tochter (28 Schulkameraden) und geriet mehr zufällig im März ds.Js. in eine Arbeitssitzung der AKK. Was ich dort an Informationen erhielt über das, was unsere Kinder in Hamburgs Grundschulen erwartet, und die kettre des Buches "Hinterhöfe der Nation" von Luc Jochimsen, erschreckten mich. Mir genügen die Tatsache, daß es in unseren Schulen gröbste Mißstände gibt und der Umstand, daß mir hier eine Möglichkeit gegeben ist, etwas dagegen zu tun, in der AKK mitzuarbeiten.

### Andreas Werling, 18 Jahre, Schüler

Da ich als Schüler unmittelbar mit den augenblicklichen Schulproblemen wie Lehrermangel, überfüllte und zu kleine Klassen, Fehlstunden usw. konfrontiert bin, sah ich in der AKK eine will-kommene Gelegenheit, meine Interessen zu vertreten. Ich sehe meine Aufgabe in der aktiven Mitarbeit zur Unterstützung der AKK zur Beseitigung der herrschenden Grundschul- und Bildungsmisere.

ENDE JANUAR:

Nach der Gründung der AKK werden kurz vor Verabschiedung des Haushalts plötzlich noch 140 zusätzliche Stellen für Vertretungslehrer bewilligt, für die vorher angeblich das Geld nicht da war.

ANEANG MAI:

Nachdem die AKK sich inzwischen in allen Hamburger Bezirken organisiert hat, ersucht die SPD-Fraktion den Senat. im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 1974-1978 qualitative Verbesserungen für das Bildungswesen vorzusehen.

ENDE MAT:

Ein Initiativantrag der Bürgerschaftsfraktion der F.D.P. sieht vor, die Frequenzen der 1., 5. und 7. Klassen einer Reihe von Schulen in sozial benachteiligten Gebieten auf 28 Kinder zu beschränken.

ENDE MAI:

Nun veröffentlicht auch die SPD eine Absichtserklärung aus dem bis dahin geheimgehaltenen Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 1974, für alle Fünfjährigen bis 1978 die Vorschule einzuführen: die Frequenz dieser Vorschulklassen (25 Schüler) soll dann in den folgenden Jahren in den Grundschulklassen beibehalten werden.

ANFANG JUNI:

Nach Verhandlungen gelingt es der AKK,

### Doris Miller, 33 Jahre, Hausfrau

Auf die AKK wurde ich erstmals im Jan.73 durch einen Beitrag in der "Meckerecke" des NDR auf-merksam. Da ich mich als Mutter einer 6-jährigen Tochter gerade in dieser Zeit sehr für Schul-probleme und insbesondere für die Klassenfrequenzen in den 1. Klassen interessierte, beschloß ich, nachdem ich mich näher über die Ziele der AKK informiert hatte, dort mitzuarbeiten.

Da man häufig das Argument hört, die AKK sei von Kommunisten unterwandert, möchte ich hier ganz eindeutig feststellen, daß ich mich mit dem Programm der DKF in keiner Weise identifizieren kann. Ich bin vielmehr seit 1969 Mitglied der SPD und arbeite bei den Jungsozialisten in Billstedt mit, die die AKK ebenfalls unterstützen.

Es ist mir zwar bekannt, daß auch 2 Kommunisten in der Planungsgruppe Hamburg-Mitte der AKK mitarbeiten, ich bin jedoch der Meinung, daß man eine als richtig erkannte Sache nicht nur deswegen nicht unterstützen soll, weil auch Kommunisten dabei mitarbeiten. Würde man diese Einstellung zum Grundsatz erheben, könnten auch die demokratischen Parteien manche ihrer Ziele nicht mehr verfolgen.

Ich stelle obigen Beitrag nur unter der Bedingung zur Verfügung, daß bei einer Veröffentlichung keine Kürzungen vorgenommen werden.

#### Christl Tenge

Aus zwei Gründen interessierte ich mich schon länger für die Bildungssituation in unserem Lande: erstens, weil ich als Lehrerin mit 7-jähriger Berufspraxis die Probleme der Schule kenne, zweitens, weil ich für meine Torhter keinen Kindergartenplatz bekommen hatte. Die Vorschulgruppe, die ich einmal pro Woche in einem Spielplatzheim leitete, war nur "ein Tropfen auf den heißen Stein". In einem Gesprächskreis mit den interessiten Eltern dieser Vorschulkinder diskutierten wir Fragen der Erziehung in der Familie. Wir erkannten Bald der Grenzen unserer individuellen Bemühungen, daß die Bildung und Zukunft unserer Kinder zu einem gegen Teil oder Schule abhängt. Voneiner Schule mit überfüllten Klassen.

Jensten der Schule abhängt. Voneiner Schule mit überfüllten Klassen.

"Man müßte die Schule verbessern!" – "Aber wie?" Im Januar 73 erfuhr ich durch eine Flugblattaktion von der Bürgerinitiative "Aktion Kleine Klasse" in Hamburg, Es war klar, daß ich mich dieser Elterninitiative sofort anschloß.

unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach mit der Hamburger GEW zwei große Veranstaltungen noch vor den Sommerferien zu planen: ein Öffentliches Hearing am 28. Juni im Audimax und die Demonstration für die Reform der Grundschule am 2. Juli,

Auf einer Pressekonferenz am 13. Juni gibt die AKK ihr Aktionsprogramm bis zu den Ferien bekannt, das auf eine beachtliche Resonanz der Hamburger Presse stößt.

19. JUNI:

9 Tage vor dem Öffentlichen Hearing gibt Senator Apel – entgegen allen bisherigen Verlautbarungen (Geldmangel usw.) – seine Absicht bekannt, die Kapazität des Studienseminars zu erweitern, damit zusätzlich 50 Lehrerstudenten ihre Ausbildung beenden können.

28. JUNT:

Das Öffentliche Eearing, bei dem die bildungspolitischen Sprecher der drei Rathausparteien und der GEW-Vorsitzende Wunder u.a. auf dem Podium sitzen, findet vor 2000 Zuhörern statt. Eine Resolution wird verabschiedet.

3. JULI:

Auch die Demonstration wird zu einem großen Erfolg. Über 10 000 Eltern, Lehrer, Schüler und Studenten demonstrieren gemeinsam für die Refora der Grund-

#### Dieter L., 31 Jahre, Lehrer

Leh unterrichte Hauptschuler, denen gemeinsam ist, daß sie während ihrer bisherigen Schulzeit überwiegend schlechte Beurteilungen bekamen. Entsprechend negativ ist ihre Haltung zur Schule Mein Unterricht ist wenig erfolgreich. Ich bin mir klar darüber, daß die Lernschwierigkeiten vieler dieser Schüler in der Grundschule hätten beseitigt werden können, wenn der Grundschulehrer die Möglichkeit gehabt hatte, stärker auf die einzelnen Kinder einzugehen. Dazu wären u.a. geringere Klassenfrequenzen notwendig.

Die Gewerkschaft der Lehrer (GEW) verauchte zwar bereits seit zwei Jahren kleinere Klassenstärken in der Grundschule politisch durchzusetzen, konnte aber nicht genug Druck ausüben. Die Eltern standen den Aufrufen der GEW zum Teil äusserst miötrauisch gegemüber, weil sie befürchteten, für Lehrerinteressen eingespannt werden. Deshalb halte ich die Entstehung einer Elterninitiative, in der Ziele und Aktionen von den Eltern selbst bestimmt werden, für eine gute Saehe.

Ich entschloß mich in der AKK mitzuarbeiten.

### Christa Reche, 30 Jahre, Hausfrau

Im August 1970 wurde meine Tochter zusammen mit 36 Kindern eingeschult. Mit großem Lerneifer und Spaß an der Schule erzielte sie in den ersten zwei Schuljahren hervorragende Leistungen. Im Verlauf des 3. Schuljahres bemerkte ich bei ihr eine sich entwickelnde "Schulunlust". Die Begründung meiner Tochter: Es wird zuviel und zu oft wiederholt - Man kommt viel zu wenig dran - In der Klasse ist es oft zu laut - Man kann sich schlecht konzentrieren, weil einige immer den Unterricht stören.

Mit diesen Argumenten muß ich mich fast täglich in irgendeiner Form auseinandersetzen. Es wird immer schwieriger, das Lerninteresse zu erhalten. Stehe ich mit diesem Problem allein? – Die AKK fordert u.a. Senkung der Klassenfrequenzen. Als Klassenelternverterter und Elternratsmitglied sehe ich in dieser Elterninitiative die einzige Möglichkeit, Mißstände in unseren Schulen aufzudecken und beseitigen zu helfen.

schule. Bei der Abschlußkundgebung sprechen u.a. Prof. Schwartz vom Arbeitskreis Grundschule in Frankfurt und der Bundesvorsitzende der GEW, Erich Frister.

21. AUGUST:

Nach zahlreichen Bemühungen der AKK kommt es zu einem Gespräch zwischen Senator Apel und Vertretern der Elterninitiative, das knapp 3 Stunden dauert. Bei dieser Gelegenheit werden dem Schulsenator die 25 000 Unterschriften zu den Forderungen der AKTION KLEINE KLASSE in einer Riesen-Schultüte überreicht. Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen werden von Herrn Apel nicht zugelassen.

Die AKTION KLEINE KLASSE gibt anschließend eine Pressekonferenz, bei der u.a. auch PANORAMA anwesend ist. Presse und Funk berichten ausführlich über dieses Ereignis.

ANFANG SEPTEMBER:

Am 3. September berichtet das Fernsehen in einer Sendung von PANORAMA u.a. über die AKTION KLEINE KLASSE in Hamburg. In derselben Woche erscheint auch ein Artikel im "stern", der sich mit der AKTION KLEINE KLASSE Hamburg und dem Verhalten von Senator Apel befaßt.

MITTE SEPTEMBER:

Auf der Mitarbeiterversammlung am 19.9.73 wurde beschlossen, daß die AKK für Januar

### Ingrid Maßmann, Hamburg 80

Als hausfrau und Mutter von zwei Kindern (2 und 7 Jahre alt) habe ich mich aus folgenden Gründen der AKK angeschlossen.

Mein siebenjähriger Sohn wurde letztes Jahr eingeschult, dadurch bekam ich einen Einblick Mein siebenjähriger Sohn wurde letztes Jahr eingeschult, dadurch bekam ich einen Einblick unter welch schlechten Bedingungen die Le'rer und Kinder arbeiten müssen. Ich bin der Meinung, wenn wir Eltern uns nicht für unsere Kinder einsetzer und nicht versuchen, die Mißstände aufzudecken, wird sich nichts an der Schulmisere ändern. Ich hoffe, wenn mein jetzt zweijähriger Sohn in die Schule kommt, daß die Ziele der AKK erreicht sind. Ich weiß aber auch, daß noch viel mehr Mütter und Viter sich dieser Aktion anschließen sollten, damit unsere Forderungen bei den zuständigen Stellen mit mehr Nachdruck vorgetragen werden können.

### Artur Flemming, 37 Jahre, Lehrer

Seit fast 11 Jahren erlebe ich am Gymnasium lustlose und unruhige Schüler, deren Lernschwie-Selt ist il Jahren erlede ich am Gymnasium lustlose und unruhige Schüler, derem Leruschner-rigkeiten und Verhaltensstörungen nicht zuletzt durch dem Massenbetrieh in der Grundschule hervorgerufen wurden. Zu große Klassenfrequenzen, unzureichende Lehr- und Lernmittel und man-gelnde Fachräume an den Grundschulen bedeuten erzwungene Disziplin, Benachteiligung der Schwachen, mangelnde Rücksicht auf den Einzelnen - und erzeugen so Lernstörungen und Schulangst.

Seit Jahren bemühe ich mich durch aktive Mitarbeit in der GEW und durch bildungspolitische Arbeit in der DKP gegen diese Mißstände zu kämpfen.

In der Elterninitiative AKK finde ich Eltern, die trotz eventueller Unterschiede in anderen politischen Fragen gemeinsam gegen die unglaubliche Not in unserem Bildungswesen vorgehen wollen.

Die Mitarbeit in der AKK war für mich ebenso selbstverständlich, wie die aktive Mitarbeit im Elternrat der Schule meiner Kinder (9 und 14 Jahre alt).

1974 einen offenen Hamburger Elternkongreß organisiert.

Während des Bremer Grundschulkongreßes am 5.10.73 wurde ein Gespräch mit Prof. Schwartz vom Arbeitskreis Grundschule, Frankfurt, geführt, in dessen Verlauf der Arbeitskreis seine Beteiligung am Elternkongreß zusagte.

### AUGUST - OKTOBER:

Aktive und engagierte Eltern, die sich der AKTION KLEINE KLASSE angeschlossen haben, haben bei den Wahlen in die Gremien der Elternvertretungen an den Schulen (nach Inkrafttreten des neuen Schulverfassungsgesetzes) kandidiert und sind fast immer gewählt worden. Damit hat die AKTION KLEINE KLASSE in den offiziellen Selbstverwaltungsgremien an den Schulen eine noch breitere Basis gewonnen, um zusammen mit Eltern und Lehrern für die dringend notwendigen Verbesserungen der Schulsituation zu arbeiten.

Es sollte nicht vergessen werden, daß in den kommenden Wochen der Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 3. März 1974 in seine entscheidende Phase tritt. Die AKTION KLEINE KLASSE wird ihre Möglichkeiten, in dieser Situation den Senat und die Rathausparteien mit ihren nicht eingelösten Versprechungen und Fehlplanungen zu konfrontieren, zu nutzen wissen.

### Peter Peterson, Hamburg 80

Wie ich zur AKK gestoßen bin und warum ich dort jetzt in der Planungsgruppe mitarbeite? Ganz einfach: Ich habe eine öffentliche Versammlung der AKK besucht. Dort wurden die Mißstände an Hamburgs Schulen offen dargelegt.

Die sachliche und unpolitische Art, wie man dieses heiße Thema anging, hat mich zur Mitarbeit angeregt. Ich fühle mich dabei meinen 3 schulpflichtigen Kindern verpflichtet.

### Ursula Ruppin, 32 Jahre, Hausfrau

Schulprobleme interessieren mich seit langem. Meine Kinder sind 10 und 8 Jahre alt. Seit 2 Jahren bin ich Mitglied im Elternrat der Schule meiner Kinder. Ab und zu helfe ich einigen Kindern bei den Schulaufgaben.

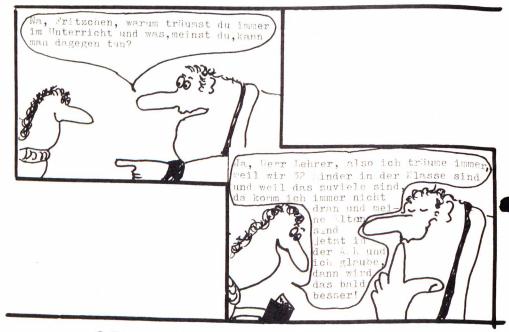
Ich hörte im Frühjahr ds.Js. zum ersten Mal von der Aktion Kleine Klasse. Nach der ersten Versammlung war ich überzeugt, daß nur viele Eltern gemeinsam die Ziele erreichen können, die die ersten Mitglieder der AKK aufgestellt hatten, die aber schon lange vorher auch meine Ziele waren:

Kleine Klassengemeinschaften, mehr Lehrer – das bedeutet mehr Zuwendung, mehr Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit für das einzelne Kind.

Dafür werde ich mich immer einsetzen.

Soweit eine kleine Auswahl von Elternaussagen, die Sie im persönlichen Gespräch mit vielen andere: Mitgliedern der AKK beliebig ergänzen können.

Für alle gilt, daß die Organisation einer solchen Elternbewegung, das Verfassen von Flugblättern, das freie Sprechen vor Versammelungen, das Diskutieren mit Fachleuten u.v.a.m. nicht leicht gefällen ist, sondern mühsam æelernt werden mußte.



### GEW und AKK

- ... die Anzahl der Kinder in den 1. Klassen darf 25 nicht überschreiten. Die Klassen behalten diese Höchstzahl bei, so daß die Frequenzen schrittweise in allen Jahrgängen gesenkt werden. ...
- ... darüber hinaus muß die Zahl der Vorschulklassen von Jahr zu Jahr schwerpunktmäßig erhöht werden mit dem Ziel, bis 1974 für alle Kinder die allgemeine Vorschulpflicht einzuführen. Die Anzahl der Kinder in Vorschulklassen und Schulkindergärten darf 20 nicht überschreiten. ...

Forderungen der AKK? - Nein, Forderungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg (GEW) entnommen ihrem Aktionsprogramm, in dem es auch heißt: "Die GEW fordert die Parteien auf, aus ihren programmatischen Erklärungen unverzüglich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen!" Ein Aktionsprogramm zu den Bürgerschaftswahlen im März '74? - Nein, ein Programm aus dem Jahre 1970 (siebzig), veröffentlicht in der Hamburger Lehrerzeitung am 12.9.70.

Ein umfangreicher Katalog von Forderungen - insgesamt 52 Punkte - war ein konkreter Vorschlag der Gewerkschaft für den Beginn und die Durchführung einer Bildungsreform in Hamburg. Da heißt es u.a.:

"Die GEW fordert die generelle Einführung der integrierten Gesamtschule auch als Ganztagsschule mit Vorschulerziehung und 12 jähriger Schulpflicht ... ab '71 wird die einheit-liche Beobachtungsstufe für alle Schüler des 5. und 6. Schuljahres eingerichtet. Hier arbeiten Volks-, Realschulund Gymnasiallehrer gemeinsam ... bis '74 werden die Beträge für Lehr- und Lernmittel je Schüler vervielfacht und in allen Jahrgängen für alle Schüler auf den jeweils gleichen Stand gebracht ... ab '70 werden zur Verwirklichung dieses Aktionsprogramms die erforderlichen Planstellen eingerichtet, auch wenn diese Stellen noch nicht besetzt werden können. Die Mittel für nicht besetzte Planstellen werden für die Finanzierung anderer Maßnahmen freigestellt ... usw., usw."

Da an eine Verwirklichung dieses Programms 1970 nicht zu denken war, entwickelte die GEW im November '71 einen Prioritätenkatalog, d.h. sie nannte einige wenige Hauptforderungen, die sie um so eindringlicher meinte vertreten zu können. Von einer Gesamtschule war nun nicht mehr die Rede, vielmehr von Konsolidierung und Reformen in kleinen Schritten:

 Der Senat, der die Konsolidierung des bestehenden Schulwesens versprochen hat, muß beim Wort genommen werden.
 Das bedeutet, daß der Unterricht nach den bestehenden Stundentafeln in allen Schularten tatsächlich voll gegeben werden kann.

Die GEW fordert über die Verwirklichung des Soll-Zustandes hinaus:

- die Senkung der Klassenfrequenzen beginnend in der Grundschule,
- 3. den Ausbau der Differenzierung in der Sekundarstufe I mit dem Ziel einer Integration der Beobachtungsstufen und einer dementsprechenden Umwandlung der Klassen 7 bis 10.

4. die Einführung des 10. Schuljahres als berufsvorbereitendes Vollzeitschuljahr und mindestens 12 Stunden berufsbegleitenden Unterricht für alle Auszubildenden.

Aber bis zum Juni '72 konnte die GEW nicht einmal Teile dieser eingeschränkten Forderungen durchsetzen. Im Gegenteil, zu dieser Zeit war eine Beschränkung der Lehrerausbildung, der numerus clausus für Erziehungswissenschaft an der Hamburger Uni, abzusehen. Daher beschloß die Gewerkschaft in einer Hauptversammlung am 12.6.72 nach einem "Handlungsplan" zu arbeiten. Die Forderungen lauteten jetzt: Einstellung aller fertig ausgebildeten Lehrer, Verhinderung des numerus clausus im Fachbereich Erziehungswissenschaft und Ausbau des Studienseminars. Mittelpunkt der GEW-Arbeit aber sollte die Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen werden: Ab 1973 keine 1. Klasse mit mehr als 25 Schülern.

Dazu wollte die GEW laut Handlungsplan mit den Entscheidungsträgern (Fraktionen, Senat, Parteien) Verhandlungen führen. Um ihre Position in solchen Verhandlungen zu stärken, war an folgende Maßnahmen gedacht:

- 1. Information der Eltern (Flugblätter, Informationsveranstaltungen, Hearings mit Politikern)
- 2. Pressearbeit (Pressekonferenzen, Anzeigenaktionen)
- 3.  $\ddot{\text{O}}$ ffentlichkeitsarbeit (Unterschriftenlisten, Demonstration)
- 4. Verstärkte gewerkschaftliche Arbeit in den Schulen Inzwischen ist ein Jahr vergangen, Teile dieses Handlungsplanes wurden ausgeführt, einige GEW-Forderungen aus dem Aktionsprogramm 1970 sind verwirklicht, z.B. gibt es das neue Schulverfassungsgesetz und die damals geforderten Richtlinien und Stundentafeln sind erarbeitet worden.

Die Hauptforderung: "Senkung der Klassenfrequenzen" ist auch noch 1973 von den Entscheidungsträgern als utopisch zurückgewiesen worden. Wahrscheinlich aus diesem Grunde hören sich GEW-Aussagen jetzt so vorsichtig an: "Die Konsolidierung des Hamburger Schulwesens gestaltet sich mühsam ... die Aussagen des Senators (Apel) und die Wirklichkeit in den Schulen müssen übereinstimmen ... der tatsächliche Unterrichtsausfall scheint z.B. erheblich höher zu sein ... die Reform der Grundschule - Senkung

der Klassenfrequenzen auf 25 - bedarf der sofortigen Verwirklichung in den Jahren '74/78 ... wir <u>befürchten</u>, daß durch den numerus clausus schon heute die Grundlage für die Verweigerung von Reformen Ende der 70er Jahre geschaffen wird ... es wird auch zu <u>prüfen</u> sein, inwieweit Lehrerfortbildung und Sachmittelausstattung der Schulen einen Unterricht gemäß den Richtlinien ermöglichen."

Dieser chronologische, aber natürlich nicht vollständige Abriß der GEW-Arbeit seit 1970 soll nichts aussagen über die Qualität der Gewerkschaftsarbeit. Hier soll aufgezeigt werden, daß die Forderungen der GEW seit langem bestehen und daß die Gewerkschaft sich seit Jahren für eine Verbesserung unserer Schulen einsetzt. Es kann niemals Schuld der Lehrergewerkschaft sein, wenn sich an der Hamburger Bildungsmisere nichts geändert hat. Die GEW hat mit ihren Forderungen jahrelang alleine gestanden und konnte so gegenüber dem Senat nichts erreichen. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen braucht die GEW die Unterstützung von Eltern, Schülern und Studenten.

Nur, wenn die GEW-Mitglieder den Handlungsplan und viele Eltern die Forderungen der AKK unterstützen, kann der notwendige Druck auf die Politiker ausgeübt werden, um Reformen im Bildungswesen zu erreichen. Darum ist die GEW ein Bündnispartner der Elterninitiative der AKK. Die Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten werden daher gemeinsam weiterarbeiten.



### DGB und AKK

Bereits im Frühjahr '73 stellte die Kreisjugendkonferenz in einem vom DGB-kreisvorstand Hamburg unterstützten Papier u.a. fest: "Die Initiativen der 'Aktion kleine klasse' richten sich auf Maßnahmen, die auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen 'Bildungspolitischen Vorstellungen' am 7. Närz 1972 verabschiedete. ..."Der bestehende Bildungsnotstand in der Bundesrepublik und in Hamburg benachteiligt in erster Linie Kinder von Arbeitnehmenn, die nicht in der Lage sind, die Mängel des öffentlichen Schulwesens durch familiäre Erziehung zu kompensieren."

Es ist für die Akk daher von besonderer Bedeutung, den DGB als Interessenvertretungsorgan der arbeitenden Menschen zum Bündnispartner zu gewinnen und die Gleichgerichtetheit von bildungspolitischen Zielen und Forderungen herauszustellen. Spätestens hier wird dem von der Bildungsmisere Betroffenen klar: nur gemeinsam sind wir stark und können unsere berechtigten Forderungen auch durchsetzen.

Der nachfolgende Beitrag des DGB-Kreisjugendausschußvorsitzenden Hamburg, Harry v. Bargen, wird deshalb die erklärten Ziele und Forderungen der AKK an seinen bildungspolitischen Vorstellungen

Für die breite Masse der kinder werden die Weichen ihres künftigen Lebens bei Eintritt in die Schule gestellt. Denn es ist erwiesen, daß Hauptschüler nach dem Schulbesuch in der großen Mehrzahl nicht die Chance haben, sich weiterzubilden. Jugendliche aus Arbeiterhaushalten haben in der Praxis kaum Zugang zu den 'höheren' Schulen und zum Studium. Somit bleibt ihnen eine Berufsausbildung, von deren Inhalt sie vorher nichts erfahren haben; oft wird die Eignung der Lehrlinge für ihren Beruf nur völlig unzureichend geprüft.

Damit dienen Bildung und Berufsausbildung nicht den Interessen der Schüler und Lehrlinge, sondern denen, die aus Schmalspurausbildung und Erziehung zur Kritiklosigkeit ihren Profit ziehen, den Unternehmern. Und es ist keine Zufälligkeit, daß die Schulbehörden hier für die Unternehmer Vorarbeit leisten. Die Unternehmerverbände haben in unserer Gesellschaft entscheidenden Einfluß auf die Bildungspolitik. In den Bildungsarbeitskreisen der Bundestagsparteien sind Unternehmer vertreten, über Arbeitskreise 'Schule und Wirtschaft' wird dieser Einfluß noch verstärkt. Wer die Wirkungen der Bildungsmisere beseitigen will, muß die Ursachen bekämpfen. Deshalb ist die entscheidende Forgerung der Gewerkschaften als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen die Durchsetzung der Mitbestimmung. Nur wenn Gewerkschaften und die von der Bildungsmisere Betroffenen selbst, Eltern, Lehrer, arbeitende und lernende Jugend Mitbestimmungsrechte in Bildung und Berufsausbildung haben, können die Interessen der Schüler und

Nach Auffassung des DGB bestehen diese Interessen im wesentlichen in folgenden Forderungen:

Lehrlinge wirksam vertreten werden.

- Das Bildungssystem ist organisatorisch und inhaltlich zu vereinheitlichen
- die berufliche Bildung ist in das allgemeine Bildungssystem zu integrieren
- alle schulischen und beruflichen Bildungsgänge müssen durchlässig
- der politischen Bildung und der Vorbereitung auf die spätere berufliche Tätigkeit der Schüler ist ein stärkeres Gewicht zu geben, die Gewerkschaften sind hieran durch Referenten und dergleichen zu beteiligen

 Kurssysteme sind so aufzubauen, daß sie besonders den bildungsmäßig benachteiligten Schülern helfen und zur Kritikfähigkeit erziehen.

Die Kosten für die wachsenden Bildungsausgaben haben in erster Linie die finanzkräftigen großen Unternehmen zu tragen; die Haushalte der Arbeitenden sollten für Bildungsausgaben nicht zur kasse gebeten werden.

Mit der Verwirklichung dieser Forderungen will der DGB das Bildungssystem im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der betroffenen Schüler und Lehrer verändern. Die wichtigsten Forderungen des DGB stimmen mit denen der AKK überein. Auch die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Senkung der Klassenfrequenzen bei den Anfangsklassen auf höchstens 25 Schüler mit dazu beitragen kann, die Bildungsmisere zu beheben. Aber diese Forderung muß im Zusammenhang mit den anderen dargestellten Forderungen durchgesetzt werden, wenn das Bildungssystem insgesamt verändert werden soll. Daher ist es zu begrüßen, daß die AKK sich nicht auf das Problem der klassenfrequenz beschränkt, sondern ebenfalls umfassendere bildungspolitische Forderungen diskutiert.

Von diesen Positionen her erscheint es notwendig, daß die Zusammenarbeit zwischen dem DGB, den zuständigen Einzelgewerkschaften, wie der GEW und der AKK vertieft wird. Aktionen für eine Veränderung des Bildungssystems müssen, sollen sie wirksam sein, von den Organisationen der arbeitenden Menschen mitgetragen werden.

Die Demonstration der 12.000 im Juli, die gemeinsam von GEW und der AKK veranstaltet wurde, war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Jetzt kommt es darauf an, die Diskussion um verstärkte Zusammenarbeit fortzuführen, gemeinsam konkrete Forderungen für den Hamburger Bereich aufzustellen und die gemeinsame kraft zur Durchsetzung der Forderungen zu aktivieren.

DIE SCHULE MUSS VERANDERT WERDEN

Die Praxis haben Sie. Die Theorie finden Sie bei

WEITBRECHT & MARISSAL

Buchhandlung

2000 Hamburg 13, Schlüterstraße 12

Aussage Apel März 1972(1)

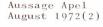
"Für 1973 sehe ich allerdings voraus, dass eine noch nicht zu übersehende Anzahl von ausgebildeten Lehrern sich um Planstellen ausserhalb Hamburgs wird bemühen müssen.

Denn auch 1973 wird gelten, dass Senat und Bürgerschaft Planstellen nicht nach dem

Kriterium: Nachfrage von Bewerbern auf dem Arbeitsmarkt beantragen bzw. bewilligen

d.h. Senator Apel sagt "zuviel Lehrer".

können."



"Insgesamt werden 12.425
Stellen besetzt werden können,
das sind 95,4 % der genannten
13.033 Stellen. 4,6 % (608)
Stellen sind trotz aller Bemühungen bis zum 20. August
nicht zu besetzen."
d.h. Senator Apel sagt



"zuwenig Lehrer".

Zwischen diesen beiden offiziellen Verlautbarungen liegen genau 1 Jahr - 5 Monate - 20 Tage.

- 1. These: Der Senator hat seine Behörde nicht gefragt.
- 2. These: Die Behörde gab ihrem Chef im März 1972 eine falsche Auskunft.
- 3. These: Beide haben sich damals geirrt.

Fragen Sie einen Fachmann nach den Konsequenzen einer derartigen Fehleinschätzung in einem Unternehmen der freien Wirtschaft.

<sup>1)</sup> Schreiben von Senator Apel vom 1. März 1972 Seite 2

<sup>2)</sup> Daten + Fakten 5/73, Beilage zu den "Informationen 18/73" Amt für Schule vom 20.8.1973 Seite IV

### "Planung" in der Lehrerausbildung

Im Mittelpunkt des Gesprächs, das Vertreter der AKK am 21. August 1973 mit Senator Apel führten, stand das Problem des Lehrermangels in Hamburg. Nach Angaben von Senator Apel gab es zum Schulbeginn im Herbst 1973 608 offene Planstellen für Lehrer. Wir fragten den Senator: Welche Maßnahmen wollen Sie zur Behebung des Lehrermangels ergreifen? Wir wiesen ihn außerdem auf die erfolgreiche Werbeaktion der Stadt Frankfurt im Jahre 1970 hin, aufgrund derer sich rund 2500 Interessenten meldeten, von denen ca. 300 für den Schuldienst qualifiziert waren.

Apel antwortete, daß er sich von einer solchen Werbeaktion nichts verspreche. Er verwies vielmehr auf die für August 1973 geplante Erweiterung des Studienseminars um 60 Plätze. Dem Einwand, mit dieser Maßnahme sei gegen den akuten Lehrermangel nichts getan und außerdem sei sie als langfristige Bedarfsplanung völlig unzureichend, begegnete Senator Apel mit der Aufforderung an die AKK: "Besorgen Sie mir die fehlenden Lehrer, und ich werde sie einstellen"

Vier Monate später sieht die Situation so aus: Im neue. Schuljahr 1973/74 haben der schon übliche Lehrermangel und Stundenausfall bedenkliche Ausmaße angenommen. Außer verbalen Absichtserktarungen für die Zeit ab 1975 unternehmen die Verantwortlichen nichts, um die derzeitige Notsituation zu lindern. Im Gegenteil:

DIE SITUATION HAT SICH WEITER VERSCHÄRFT!

1. Als sich die katastrophale Situation an den Schulen nach Beginn des neuen Schuljahres abzuzeichnen begann, meldeten sich zahlreiche qualifizierte Lehrkräfte bei der Schulbehörde und der AKK, die bereit waren, sofort in den Schuldienst einzutreten. Statt für eine unbürokratische Einstellung zu sorgen, hat die Schulbehörde eher hinhaltend reagiert und Schwierigkeiten gemacht, die dazu angetan waren, die Lehrkräfte von ihrem Vorhaben zurücktreten zu lassen. Einige sind bis heute nicht eingestellt worden (z.B. mit der Begründung, daß genügend Lehrerstunden zur Verfügung stehen würden).

- 2. Im August 1973 wurde das Studienseminar, welches **990** Plätze umfaßt, um 60 Plätze erweitert, so daß alle Examenskandidaten aufgenommen werden konnten. Für Februar 1974 ist wiederum eine Erweiterung um 60 Plätze vorgesehen, die Zahl der Examenskandidaten liegt dann aber bereits bei knapp 500. Zum August 1974 ist bisher, trotz der erheblich steigenden Zahl von Examenskandidaten (ca. 600) keine Erweiterung mehr vorgesehen. Das bedeutet, daß fertige Lehrerstudenten an der Beendigung ihrer Ausbildung gehindert und nicht in den Schuldienst übernommen werden.
- 3. Im Oktober 1973 wurde eine Mitteilung des Lehrerprüfungsamtes bekannt, welche die Bedingungen für Lehrerstudenten weiter erschwert.

Die 4-Wochen Pause zwischen den beiden Examensarbeiten, auf die 1t. Prüfungsordnung § 7.2a Examenskandidaten Anspruch haben, soll ab sofort nur noch unter der Bedingung gewährt werden, daß die betreffenden Studenten auf ihre Einstellung ins Studienseminar verzichten; die Einstellung erfolgt vielmehr erst am 1.2.1975!

Das bedeutet:

Entweder: Anfertigung von zwei schriftlichen Hausarbeiten innerhalb von 12 Wochen. <u>Keine</u> 4-Wochen Pause zwischen den beiden Arbeiten. Die Anstellung als Referendar erfolgt am 1.8.1974.

Oder: Anfertigung von zwei schriftlichen Hausarbeiten mit einer 4-Wochen Pause zwischen den Arbeiten.
Die Einstellung als Referendar erfolgt erst am 1.2.1975.

Entscheiden sich die Examenskandidaten also für die 4-Wochen Pause, entscheiden sie sich gleichzeitig für mindestens ein halbes Jahr Arbeitslosigkeit. Verzichten sie auf die 4-Wochen Pause, so nehmen sie einen zusätzlichen Prüfungsdruck in Kauf.

Angesichts dieser Maßnahmen kann von einer Bemühung des Senats um die Behebung des Lehrermangels keine Rede sein. Sie sind eher dazu angetan, daß sich die Schulsituation in der Hansestadt weiter verschlechtert.  Wir informieren Sie gern ausführlich über Schulwesen und Schulreform in Hamburg. Schicken Sie diesen Coupon an die Staatliche Pressestelle Hamburg. 2 Hamburg 1, Rathaus.

> Name Wohnort

Straße

 Bitte in Blockschrift ausfüllen. Danke.

Wir haben die Schrift angefordert. Dort schreibt die BSJB (Behörde für Schule, Jugend uhd Berufsaus-• bildung) :

"... ab 1974 treten wesentliche Verbesserungen schon allein dadurch ein, daß in jeder Klasse • mehr Lehrerstunden für pädagogische Maßnahmen zur Verfügung stehen"

Wir können also vermuten, es werden • mehr Lehrer zur Verfügung stehen.

Nun gibt es sicherlich in Hamburg zwei Schulbehörden, und wir müssen annehmen, daß "die eine BSJB" nicht weiß, was "die andereBSJB" am 5.12. unter der Uberschrift: "Versorgung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit Lehrern" schreibt. wie sollten wir es uns sonst erklären, wenn dort als Voraussage für den

Schuljahresanfang 1974 steht:

Es wird, gemessen am "Bedarf", 275 Planstellen zuwenig geben. Darüber hinaus werden aber noch 828 Planstellen nicht besetzt werden können. Zusammen werden also 1103 Lehrer fehlen. Und dabei ist nicht berücksichtigt 1. der Unterrichtsausfall durch Krankheit, 2. der sogenannte "Organisationsschwund" und 3., daß bei der Flanung des "Bedarfs" schon von viel zu großen Klassenfrequenzen ausgegangen wurde !

Helügt hier eine Schulbehörde die andere oder will man nur uns Eltern "unnötige Aufregung" ersparen ?

Im Hamburger Schulgesetz steht (§ 1 Abs. 1):

"Alle schulpflichtigen kinder und Jugendliche haben das gleiche Recht auf eine ihrer Eignung entsprechende Bildung."

Wie verteilen sich in der BRD die Studenten nach Sozialschicht ?

%	d.Bev.	% d.Stud,
Arbeiter	49,8 %	5.2 %
	22,7 %	29.3 %
Gewerbetreibende	10,6 %	14,9 %
Selbst.Landw.	8,7 %	3,5 %
mte ie Berufe	6,7 %	33.7 %
Peie Berufe	1,5 %	12.4 %

Rechnet man diese Zahlen für jede Sozialschicht auf je 1% der Bevölkerung um, dann erhält man: Auf je 17 der Bevölkerung entfallen, falls es Arbeiter sind, 0,1 % der Studenten.

Arbeiter	0,1 %	d.Studenten
Angestellte	1,3 %	11
Gewerbetreibende	1,4 %	11
Selbst.Landw.	0,4 %	11
Beamte	5,0 %	"
Freie Berufe	8,3 %	

Die Kinder von Arbeitern haben 80-mal schlechtere Chancen, zu studieren, als die Kinder der freiberuflich Tätigen.

Haben sie wirklich eine 80-mal schlechtere Eignung ?

WIEVIEL UNTERRICHT STEHT IHREM KIND ZU ?

Stundentafeln und wie damit gearbeitet werden kann.

Unter der Stundentafel versteht man die Richtlinie, welche und wieviele Stunden in welchen klassen gegeben werden sollen. Für den Lehrer – und damit für die Öffentlichkeit – geben sie die verbindliche Anweisung, welches Gewicht den einzelnen Unterrichtsgebieten (Fächern) zukommt.

Man unterscheidet Schülerstunden und Lehrerstunden :

Die Schülerstundenzahl gibt die Zahl der Unterrichtsstunden an,

die jeder einzelne Schüler pro Woche erhalten soll.

Die Lehrerstundenzahl kann dadurch höher liegen als die Schülerstundenzahl, daß Förderunterricht erteilt wird und/oder die klasse für einige Stunden geteilt wird und/oder Differenzierungsunterricht gegeben wird.

Beispiele finden Sie auf den folgenden Seiten unter den Stundentafeln.

KONTROLLIEREN SIE, OB IHR KIND DEN UNTERRICHT ERHALT, DER IHM ZUSTEHT.

Verlangen Sie, daß dem Elternrat Ihrer Schule Auskunft gegeben wird

- 1. darüber, ob die Stundenpläne den Stundentafeln entsprechen,
- 2. welche Gründe für die Abweichungen und für den eingeplanten Unterrichtsausfall bestehen,
- 3. in welchem Maße Stunden durch Erkrankung u.ä. ausfallen.

Vielleicht wird man auch Ihnen mit dem Schlagwort URIENTIERUNGSFREQUENZ entgegentreten.

Dazu müssen Sie wissen :

Berechnungsgrundlage für die Zumessung von Lehrerstunden ist die Urientierungsfrequenz, für die die durchschnittliche Klassenfrequenz von 1969 zugrunde gelegt wird. Diese Orientierungsfrequenz ist für die 1. Klasse z.B. 33,6.

D.h.: Sitzen in den 1. Klassen Ihrer Schule durchschnittlich 33,6 Schüler, dann bekommt die Schule dafür pro Klasse 21 Lehrerstunden zugewiesen (vergl. Stundentafel).

Ist die Durchschnittsfrequenz aber nur 28, dann bekommt die Schule auch nur entsprechend weniger Lehrerstunden. Für jeden Schüler erhält die Schule  $\frac{21}{33,6}$  Lehrerstunden, d.h. bei 28 Schülern

 $\frac{21}{33.6}$  x 28 = 17,5 Lehrerstunden.

Ihr Kind erhält dann auch nicht 16 Unterrichtsstunden, sondern pro kind in der Klasse etwa  $\frac{16}{33,6}$  Unterrichtstunden, also nur

Fortsetzung s. S. 26

# Stundentafel

Grundschule	Klasse 1				Klasse 2				Klasse 3				Klasse 4			
Lembereich	Schüler- grund- stunden Jahr	Lehrer- mehrstunden Teilung Differ.		Lehrer- gesamt- stunden	Schüler- grund- stunden Jahr	Lehrer- mehrstunden Teilung Diff	den Differ. Förd.	Lehrer- gesamt- stunden	Schüler- grund stunden Jahr	Lehrer- mehrstunden Teilung   Differ.		Lehrer- gesamt- stunden	Schüler- grund- stunden Jahr	Lehrer- mehrstunden Teilung   Differ. Förd.	den Differ. Förd.	Lchrer- gesamt- stunden
1. Pflichtunterricht 1.1. Deutsch	41		2	19	Ŋ		7	9	ιΩ		7	9	Ω		7	· O
1.2. Gesellschaftslehre																
1.3. Fremdsprachen																
1.4. Mathematik			7		4		7	2	4		-	S	4		-	2
1.5. Naturwissenschaften																
1.6. Arbeit und Technik																
1.7. Sachunterricht			2		m		2	80	22	2		1	9	2		12
1.8. Künste Bildende Kunst Musik					М				(2)				(2)			
1.9. Sport	2			2	m			ო	ဗ			က	т			n
1.10. Religion					-			-	1			-	2			2
	16		ω Π	21	19		4	23	22	2	2	26	24	2	2	28

# Anmerkungen:

- zum Allgemeinen
- 1.1. Die Stundentafel kann lediglich kenntlich machen,
- wieviel Unterrichtszeit insgesamt zur Verfügung steht
- und wie diese Zeit auf die einzelnen Lernbereiche verteilt werden soll.
- 1.2. Unterriorti in Fachern mit einer oder zwei Wochenstunden kann epochal mit mehreren Wochenstunden erteilt werden. Das gilt auch für die Teilbereiche des Sachunterrichts. Bilderde Kunst und Musik sollten in den Klassen der Grundschule jedoch grundsätzlich in jeder Woche startfinden.
- Im Rahmen der dafür geeigneten Fächer soll das Darstellende Spiel angemessen berücksichtigt werden.

# 2. zu den zusätzlichen Lehrerstunden

Diese Stunden dienen dem Zweck,

- Dress Stutiden dienen derin zwerk,
   im 1. und 2. Schuljahr heterogen zusammengesetzte Teilgruppen zu bilden, in denen die
  Fähligkeit der Schuljahr heterogen zusammengesetzte Teilgruppenbezogenem Verhalten
  Fähligkeit der Schuljahr heterogen Arbeiten und zu gruppenbezogenem Verhalten
  entwickelt werden kann. Insbesondere soll hierbei die Bereitschaft und Fähligkeit der
- experimentierendes Lernen zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen für die gleichzeitige Arbeit in verschiedenen Techniken oder mit unterschiedlichen Schwerpunkten;

Schüler zum Arbeitsgespräch in der Gruppe angebahnt und gefördert werden;

– Maßnahmen der inneren Differenzierung zu verstärken; – durch Förderunterricht Schüler mit Lernschwierigkeiten wirksam zu unterstützen.

# Beispiele S. Seire 20

Beispiel 1: 1. Klasse

Der Stundenplan soll 16 Stunden umfassen. Davon sind 2 Stunden Sport. In der übrigen 14 Stunden soll Deutsch, Mathematik, Sachunterricht, Künste und Religion unterrichtet werden. Zusätzlich soll der Klassenlehrer für "Förderung" und für "Teilung" noch 5 Stunden aufwenden (2 Stunden für Deutsch, 2 für Sachunterricht oder Künste und 1 für Mathematik) . 1a: Der Lehrer kann z.B. je eine Hälfte der Klasse 2 Stunden in Deutsch unterrichten. Dann hat jedes Kind 2 Stunden Unterricht gehabt, der Lehrer hat 4 Unterrichtsstunden gegeben. 1b: Der Lehrer kann einige schwache Schüler 1 Stunde länger unter richten, um ihre Lückendin Mathematik auszugleichen. Achten Sie darauf, ob diese Fördermaßnahmen durchgeführt werden !

Beispiel 2: 3. Klasse Sachunterricht/Künste Der Stundenplan muß 5 Stunden Sachunterricht und je 2 Stunden bildende kunst und Musik enthalten. Zusätzlich sind für diese Fächer 2 Lehrerstunden für "Teilung" vorgesehen. So kann z.B. im Fach bildende Kunst die Klasse geteilt werden. Jede Hälfte erhält 2 Stunden, der Lehrer gibt also 4 Stunden.

Beachten Sie bitte genau den Stundenplan. Lassen Sie sich vom Lehrer alle Förderungs- und Teilungsmaßnahmen nennen. In der letzten Zeile finden Sie die Gesamtstunden. Beispiel 4. Klasse: Der Stundenplan muß 24 Stunden für die Schüler umfassen, 28 Lehrerstunden stehen zur Verfügung; d.h. je 2 Stunden sind zusätzlich für Teilung und für Förderung vorgesehen.

Bestehen Sie auf der Einhaltung der obigen Stundentafelm. Sie

Beispiel 1: 5. Klasse Naturwissenschaften Der Stundenplan muß im Jahresdurchschnitt 3 Stunden Naturwissenschaften enthalten, z.B. im 1. Halbjahr 2 Stunden Biologie, im 2. Halbjahr 2 Stunden Biologie und 2 Stunden Physik. (Das bedeutet, daß im Jahresdurchschnitt nur 1 Stunden Physik erteilt wird.)

Beispiel 2: 6. Klasse Arbeit und Technik Der Stundenplan muß im Jahresdurchschnitt 1 Stunde Arbeit und Technik ausweisen, und zwar im 1. Halbjahr keinen Unterricht, im 2. Halbjahr dafür 2 Stunden (oder umgekehrt). Zusätzlich sind im 2. Halbjahr 2 Lehrermehrstunden für "Teilung" vorgesehen. D.h. der Lehrer unterrichtet die beiden Hälften der Klasse getrennt, Jeder Schüler erhält also 2 Stunden, der Lehrer gibt 4 Stunden. Achten Sie darauf, ob Arbeit und Technik mit halbierter Schülerzahl unterrichtet wird, der Lernerfolg hängt entscheidend davon ab.

Beispiel 3: 5. Klasse Künste Der Stundenplan muß 2 Stunden Bildende kunst und 2 Stunden Musik enthalten. Im 1. Halbjahr soll der Lehrer für "Teilung" 1 Stunde zusätzlich aufwenden, im 2. Halbjahr 2 Stunden, im Jahresdurchschnitt also1,5 Stunden. Also gibt der Lehrer insgesamt 5,5 Stun-

Beispiel 4: 5. oder 6. Klasse 1. Fremdsprache Der Stunden plan muß 4 Stunden (Englisch z.B.) enthalten. Zusätzlich werden 2 Stunden für Differenzierung angesetzt. D.h.: Die Schüler von 4 6. klassen werden in 6 Kurse eingeteilt. Jeder Kurs erhält 4 Unterrichtsstunden, das sind zusammen 24 Lehrerstunden, also werden für jede der 4 klassen 6 Stunden gerechnet. Achten Sie darauf, ob Differenzierungsunterricht gegeben wird!

Achten Sie auf die Einhaltung der Stundentafeln. Sie sind ab

## undentafel

obachtungsstufe	Klasse 5	10					Klasse 6						Anmerkungen
nbereich	Schü Jahr	Schülergrundstunden hr   1. Halb-   2. H jahr   ja	lalb-	Lehrermehrstunden Teilung Differ. Förd.	Differ. Förd.	Lehrer- gesamt- stunden	Schüle	Schülergrundstunden hr 1. Halb-   2. H jahr   j	lalb-	Lehrermehrstunden Teilung Differ. Förd.	Differ. Förd.	Lehrer- gesamt- stunden	
Pflichtunterricht . Deutsch	4				-	ιΩ	ιΩ				-	φ	1. Die in der Stunder gewiesenen Halbi
. Gesellschaftslehre Erdkunde Geschichte Politik/Sozialkunde	(3) (3) (3) (3) (4)					6	8 (2) (3)	(0) (2)	4 (2) (2) 1			m	epochen Konen ander ausgetausc ander ausgetausc 2. Teilungsstunden s experimentierend ermöglichen und
Fremdsprachen 1. Fremdsprache 2. Fremdsprache	5 (5)				a	7	4 (4)				Ø	σ	setzungen schaffe gleichzeitige Arbe schiedenen Techr mit unterschiedlich Schwerpunkten.
Mathematik	4				-	ıo	4				1	2	3. Differenzierungs- Förderstunden so
Naturwissenschaften Biologie Physik Chemie	3 (2) (1)	2 (2) (0) (0)	4 (2) (0)	1 2		δ, 2,	(2) (3) (9) (9) (9)	(2)	(2) (3) (6) (9) (9)	2 1		8,4	ander verbunden werden wirksame wenn sie klassen organisiert werde 4. Im Rahmen der de
. Arbeit und Technik	-	2	0	2 0		2	-	0	2	0 2		2	ten Facher soll da lende Spiel angen berücksichtigt we
. Sachuntericht				-		9							
. Künste Bildende Kunst Musik	4 (2) (2)			- 2		5,5	(2)			2 1		5,5	BEist
Sport	ღ					ю	ю					т	S. SEIT
0. Religion	2					2	-	2	0			-	
	28			4	4	36	28			4	4	36	

- dentafel aus-albjahres-en unterein-uscht werden.
- en sollen endes Lernen nd Voraus-affen für die rbeit in ver-chniken oder ilichen
- odisch mitein-en werden. Sie imer genutzt, senübergreifend rden. sollten inhalt-
- r dafür geeigne-I das Darstel-gemessen werden.

# PIELE

# BEISPIELE S. SEITE 23

## Stundentafel

010	Stulldelitate																			
Hau	Hauptschule	Klasse 7	0 7					Klasse 8	00					Klasse 9	9					Anmerkungen
		Schüle	ergrunds	tunden 2.	Schülergrundstunden Lehrermehr- Jahr   1.   2.   stunden		Lehrer-	Schüler Jahr	Schülergrundstunden Lehrermehr- Jahr   1.   2.   stunden	unden 2.	Lehrerm		Lehrer- ge-	Schülergrundstunden Lehrermehr- Jahr   1.   2.   stunden	grundstu	unden	Lehrerm		Lehrer- ge-	
			Halb- jahr	7 5	Teilung Differ. samt- Förd. std.	Differ. Ford.	samt- std.		7 6	7 0	Teilung	Differ. Förd.	samt- std.		Halb- jahr	7 5	Teilung Differ. samt- Förd. std.	Differ. Förd.	samt- std.	
-	Pflichtunterricht																			
1.1	Deutsch	ΟΊ				_	o	ω				2	OI	ω					ω	1. Die ausgewiesenen Halb-
1.2.	Gesellschaftslehre	4					4	4					4	4					4	einander ausgetauscht
	Erdkunde	(2)						(2)	2	2				0	0	0				werden.
	Geschichte	(2)						(1)	2	0				3	2	0				<ol><li>Die Stunden für Teilung sollen experimentierendes Lemen</li></ol>
	Politik/Sozialkunde	(0)						(1)	0	2				(3)	2	4				ermöglichen und Voraus-
1.3.	Fremdsprache	ω				2	O	ω				1	4	w				1	4	gleichzeitige Arbeit in ver-
1.4.	Mathematik	4				_	CJI	4				_	Ch	ω				_	4	mit unterschiedlichen Schwer-
1.5.	Naturwissenschaften	ω			N		Oı	4			N		თ	4			2		6	punkten.
	Biologie	3	_	_				(2)	2	2				(2)	2	2				<ol> <li>Die Stunden für Differenzierung und F\u00f6rderunterricht sollen</li> </ol>
	Physik	(1)	0	2				(1)	0	2				3	0	2				inhaltlich und methodisch mit
	Chemie	(1)	2	0				(1)	N	0				(1)	2	0				dem Unterricht, auf den sie sich beziehen, verbunden
1.6.	Arbeit und Technik	4			2		0	4			2		თ	4			2		თ	werden. Sie werden wirksamer, wenn sie klassenübergreifend
17.	Sachunterricht																			organisiert werden.
1.8.	Künste	2					2	ω					ω							<ol> <li>Den Wahlpflichtunterricht muß der Schüler in Höhe der bei</li> </ol>
	Bildende Kunst	(1)	0	2				(1,5)	ω	0										den einzelnen Bereichen aus-
	Musik	(1)	2	0				(1,5)	0	ω										gewiesenen Schülergrund- stundenzahlen belegen.
1.9.	Sport	ω					သ	ω					ω	2					2	Mindestens ein künstlerisches Fach mit 2 Wochenstunden
2 2	Wahlpflichtunterricht Bereich I													4			2		o	muß belegt werden. Die Stunden können besser genutzt werden, wenn der
																				Wahipflichtunterricht klassen- übergreifend - in einzelnen Fällen auch Jahrgangsüber-
2.2.	Bereich II													12					2	schulklassen organisiert wird.
																				5. Der zusätzliche Bedarf für den kombinierten Unterricht H/R wird durch diese Stundentafel
																				The second secon

6. Im Rahmen der dafür geeignewerden. Spiel angemessen berücksichtigt ten Fächer soll das Darstellende

nicht abgedeckt.

37

ω

Wahlunterricht

28

im Rahmen der außerunterrichtlichen Neigungskurse am Nachmittag

36

28

4 4 36

29

Beispiel 1: 7. Klasse Fremdsprachen

Der Stundenplan muß 3 Stunden Fremdsprachenunterricht pro Woche beinhalten. Außerdem muß der Lehrer 2 Stunden für Förderunterricht und Differenzierung aufwenden. Gerade diese 2 Stunden werden wegen des dauernden Lehrermangels

oft nicht gegeben.

Beispiel 2: 8. klasse Arbeit und Technik

Der Stundenplan muß 4 Stunden für dieses Fach beinhalten. 2 Stunden stehen für "Teilung" zur Verfügung; d.h. 2 Stunden werden für die gesamte klasse gegeben und 2 Stunden für je die Hälfte der Klasse. Also: Jeder Schüler hat 4 Stunden bei insgesamt 6 Lehrerstunden.

Beispiel 3: 9. Klasse Folitik/Sozialkunde

Der Stundenplan muß im Jahresdurchschnitt 3 Stunden pro woche ausweisen; d.h. im ersten Halbjahr werden 2 Stunden gegeben, im zweiten Halbjahr 4 Stunden (oder umgekehrt).

in der untersten Zeile stehen die Gesamtstunden. Beispiel 9. Klasse: Der Stundenplan muß 29 Stunden pro Woche beinhalten. 37 Lehrerstunden stehen für den Unterricht in dieser klasse zur Verfügung, d.h. 8 Stunden sind für Teilungsstunden, Differenzierung oder Förderunterricht vorgesehen.

Beachten Sie genau den Stundenplan Ihres kindes. Sprechen Sie mit dem Lehrer. Bestehen Sie auf der Einhaltung der obigen Stundentafeln. Sie sind ab 1.2.1974 verbindlich.

Beispiel 1: Klasse 7 Naturwissenschaften

Der Stundenplan muß im Jahresdurchschnitt 3 Stunden Naturwissenschaften umfassen, d.h. im 1. Halbjahr 2 Stunden Chemie, im 2. halbjahr 2 Stunden Physik und 2 Stunden Biologie (oder umgekehrt). Zusätzlich sind 2 Stunden für "Teilung" vorgesehen.(Vergl. Beobachtungsstufe Beispiel 2 oder Hauptschule Beispiel 2!)

Beispiel 2: 9. Klasse Deutsch

Der Stundenplan soll 3 Stunden Deutschunterricht enthalten. Die schwächeren Schüler zweier Parallelklassen sollen wöchentlich 1 gemeinsame Förderstunde erhalten. D.h. für jede der beiden Klassen wird also pro woche 1/2 Lehrerstunde zusätzlich angesetzt. Achten Sie darauf, daß die Förderungsmaßnahmen nicht wegen des Lehrermangels unter den Tisch fallen!

Beispiel 3: 10. Klasse Wahlpflichtunterricht

Jeder Schüler der Klasse 10 muß zusätzlich zu den 21 Stunden Pflichtunterricht, die fest vorgeschrieben sind, noch 9 Stunden Unterricht aus 3 Bereichen wählen. Er hat für 4 Stunden die Fächer bildende Kunst, Musik und Sport zur Auswahl (Wahlbereich 1), für 2 Stunden die Fächer Religion und Politik (Wahlbereich II) und für weitere 3 Stunden eine 2. Fremdsprache oder Arbeit und Technik (Wahlbereich III). Damit hat jeder Schüler 3o Stunden Unterricht. In den Wahlbereichen I und III kommen noch je 2 Lehrerstunden für Teilung hinzu.

Bestehen Sie auf der Einhaltung der obigen Stundentafeln einschließlich der Teilungs- und Förderungsmaßnahmen. Sie sind ab 1.2.1974 verbinalich.

# Beispiele s. Seite 23

## Stundentafel

Reals	Realschule	Klasse 7	se 7				_	Klasse 8	8					Klasse 9	9				_	Klasse 10	e 10				50
		Schülerg Jahr 1. Ha	ergrun 1. Halb- jahr	ndstd. 2. Halb- jahr	Lehrerme stunden Teilg.   Dif	Z . T		Schülerg Jahr 1. Ha	ergrunc 1.   1 Halb-   1	ndstd. L 2. s Halb- 1 jahr	Schülergrundstd. Lehrermehr- Lehr- Jahr 1. 2. stunden ge- Halb- Halb- Teilg. Diff. samt- jahr jahr Förd. std.	ehr- Lehr- ge- ff. samt- ord. std.	d. S	Schülerg Jahr 1. Ha jah	Schülergrundstd. Lehrermehr lehr: Jahr 1. 2. stunden ge- Halb- Halb- Teilg. Diff. samt- jahr jahr jahr Förd std.	alb-T	Lehrerme stunden Teilg. Di	rmehr- Lehr- en ge- Diff. samt- Förd. std.		Schülerg Jahr 1. Ha jah	lergrundstd. Lehrermeh 1. 2. stunden Halb- Halb- Teilg. Diff. jahr jahr Förd	ndstd. 2. Halb- jahr	Lehrerme stunden Teilg. Dif	7	ge- samt- std.
= =	Pflichtunterricht Deutsch	4				-	CI	ω				_	4	ω				0,5	3,5	ω					ω
1.2.	Gesellschaftslehre	ο ω	4 (0)	0 2			. ω	4 (0					4	4 0					4	2 5	2 6	2			O
	Erdkunde Geschichte Politik/Sozialkunde	© E 0	000	000				0 2 0					000	(2)						2 (1)	(2)	200			
1.3	Fremdsprachen	ω				_	4	ည် ယ				_	4	ယ် ယ				0,5	3,5	ωω					ω
1.4	Mathematik	4				-	On	4				_	CI	ω				_	4	ω					ω
5	Naturwissenschaften	ω	2	4	2		O1	4			12		0	CI			ω		00	G	4	0	2		7
	Biologie	3	0	2				2	0 10	0 10				(2)	O N	N				2) (1)	20	2 2			
	Chemie	33	(2)	0 0				33	20	10					ω	0			_	(2)	(2)	(2)			
1.6.	Arbeit und Technik	4			2		6				-		-	-	-	-	-	-	1	_					
1.7.	Sachunterricht									L	-	-	+	-	-	-	-	-	1	-	1				
.8	Künste	4					4	ω					4							_	_				
	Bildende Kunst Musik	(2) (2)						(1,5) (1,5)	0 ω	ωο															
1.9.	Sport	ω					ω	ω					ω	2	-		-	-	2	2	_				N
2	Wahlpflichtunterricht																		1				٥		D
2.1.	Bereich I													4			_		0	4			1		C
	Sport																								
2.2	Bereich II Religion													2					20	10					12
2.3	Bereich III 2. Fremdsprache Arbeit und Technik							4			2	<b>o</b>	ω	ω					4,5	ω			N		Ch
ω	Wahlunterricht	im Ra	hmen	der a	ußeru	nterrio	htlich	en Ne	gung	skurs	im Rahmen der außerunterrichtlichen Neigungskurse am Nachmittag	Vachm	ittag		-	-		-	+	+	-	_			
													-	1						-	_				

Im Rahmen der dafür geeigne-ten Fächer soll das Darstellende Spiel angemessen berücksichtigt werden.

28

C

36 29

5,5 2 36,5 30

0

36

# Stundentafel

### neg

Beispiel 1: 7. Klasse Fremdsprachen
Der Stundenplan soll 3 Stunden für die 1. Fremdsprache und 5 Stunden
für die 2. Fremdsprache enthalten. Dazu soll der Lehrer für Förderunterricht in der 2. Fremdsprache 1 Stunde aufwenden.
Früfen Sie, ob für schwache Schüler wöchentlich eine Stunde mehr gegeben wird!

Beispiel 2: 8. Klasse Künste
Der Stundenplan soll im 1. Halbjahr 3 Stunden bildende Kunst enthalten, im 2. Halbjahr 3 Stunden Musik (oder umgekehrt). D.h., der
Jahresdurchschnitt ist pro Fach 1 1/2 Stunden, zusammen also 3 St..
Zusätzlich stehen jeder klasse noch eine Lehrerstunden für Teilung
und eine Lehrerstunde für Förderunterricht zur Verfügung, die nicht
an bestimmte Fächer gebunden sind.
Fragen Sie Ihren Klassenlehrer, ob und wie diese Stunden ausgenutzt
werden.

Uberprüfen Sie die Einhaltung der Stundentafeln. Sie sind ab 1.2.1974 verbindlich.

### Fortsetzung v. S. 18

16 33,6 x 28 = 13,3 Unterrichtsstunden - oder es fallen eben die Förder- und Differenzierungsstunden weg, die Ihrem Kind zustehen.

Begründet wird diese Maßnahme so :

- In kleineren Klassen kommt man mit weniger Unterricht aus. (Eine Qualitätsverbesserung wird verhindert.)
- 2. Die Lehrer müssen gerecht, d.h. nach der Schülerzahl verteilt werden. (Wir haben allerdings noch nicht feststellen können, daß in 1. Klassen mit 39 Schülern der Unterricht von 16 Stunden auf  $\frac{16}{33.6}$  x 39 = 18,6 Stunden ausgedehnt wurde !)

Wir müssen leider noch drei Gründe erkennen:

- 1. Diese komplizierte Regelung hindert Eltern daran, zu kontrollieren, ob ihre Kinder ihr Recht bekommen.
- 2. Mit dieser Bestimmung kann die Behörde jede Stundenkürzung rechtfertigen.
- 3. Es gibt Eltern, deren Kinder (scheinbar!) den vollen Unterricht erhalten und mit relativ wenigen Mitschülern in einer Klasse sitzen. Diesen Eltern wird Sand in die Augen gestreut. Sie sollten sich nicht zufrieden geben: Durch den Orientierungsfrequenz-Trick können ihren Kindern dafür Förderstunden und Differenzierungs-unterricht vorenthalten werden.

Beachten Sie genau den Stundenplan Ihres Kindes.Sprechen Sie mit dem Lehrer. Bestehen Sie darauf, daß die vorgeschriebenen Teilungen, Förderstunden und Differenzierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Stundentafeln sind ab 1.2.1974 verbindlich.

Bitte teilen Sie uns Abweichungen von den Vorschriften mit . Die kontaktadressen finden Sie auf Seite 30

### Schulverfassungsgesetz

Seit Beginn des neuen Schuljahres 73/74 ist das neue Schulverfassungsgesetz in Kraft.

In der Parlamentsdebatte zur 1. Lesung kennzeichnete Schulsenator Apel das neue Gesetz als das "fortschrittlichste in der Bundesrepublik", weil es in keinem Lande bis zur Stunde mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für Schüler gäbe.

Solche großen Worte führten zur Verwirrung der Öffentlichkeit. SPD und F.D.P. und CDU erzeugten eine gewisse Bewegung bei den vom Gesetz betroffenen Personen und Organisationen. Sie forderten seit 1968 zur Beteiligung am Gesetzentwurf auf. Die Antwort waren vielfältige Vorschläge der Betroffenen (z.B. GEW und Landesschülervertretung), die hierin eine Form der demokratischen Einflußnahme sahen. Ihre Vorschläge und Initiativen wurden dann an undurchschaubare und von der Öffentlichkeit kaum kontrollierbare sogenannte "Expertengremien" überwiesen. Als der überarbeitete Entwurf wieder zum Vorschein kam, waren die wichtigsten fortschrittlichen Forderungen in ihr direktes Gegenteil verkehrt. Durch scheinbare Zugeständnisse an die auch im Hamburger Schulwesen gewachsenen Kräfte des demokratischen Fortschritts wurde die Verstärkung der direkten Einwirkungsmöglichkeit des Staates auf die Schule verschleiert. Diese "Zugeständnisse", die Einrichtung der Schulkonferenz und die Wahl des Schulleiters auf Zeit (10 Jahre) wurden propagandistisch in den Vordergrund gerückt. Es handelt sich jedoch um rein formale Regelungen, mit denen aktive Eltern, Lehrer und Schüler in fast kompetenzlose Gremien integriert werden sollen.

Zum Vergleich zum alten Schulverwaltungsgesetz wird die Behördenaufsicht verstärkt und die Mitwirkung der Betroffenen auf Bereiche beschränkt, bei denen die einheitliche Staatsaufsicht zu unliebsamen "Reibungsverlusten führen würde" (z.B. Pausenaufsicht u.ä.).









Der Schulleiter kann als Vorsitzender der Lehrer- und der Schulkonferenz Beschlüsse dieser Gremien anfechten und damit aufheben, wenn er für die Durchführung der Beschlüsse die Verantwortung nicht übernehmen kann. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, ihn nach einer Amtszeit von 10 Jahren nicht wiederzuwählen, ist kein Ersatz für eine demokratische Kontrolle.

fest, die aus gleichviel Eltern, Lehrern und Schülern, dem Schulleiter und einem Vertreter des nichtpädagogischen Personals besteht. Außer dem schon erwähnten Mitspracherecht bei der Pausenordnung kann sie u.a. entscheiden über die Einbeziehung der Schule in Schulversuche, über die Hausordnung, über Geldsammlungen, über Schülerarbeitsgemeinschaften und Schülergruppen und über Disziplinierungsmaßnahmen, falls die Betreffenden dies wünschen. Es ist kennzeichnend für das neue Gesetz, daß bei wichtigen Punkten, wie etwa der Verwendung der der Schule zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Entscheidungsbefugnis aufgehoben und nur ein Anhörungsverfahren vorgeschrieben wird.

Besonders betroffen von Einschränkungen ihrer politischen Rechte und Möglichkeiten sind die Schüler. So wird mit Inkrafttreten des Gesetzes die von den Schülern selbst aufgebaute Landesschülervertretung aufgelöst. An ihre Stelle tritt nun die Schülerkammer, deren Mitglieder nicht mehr abwählbar sind und von ihren Wählern nicht kontrolliert werden können, da die Kammern nicht öffentlich tagen.

Das neue Gesetz erweitert also in keinem Punkt die Kompetenzen der Lehrer-, Eltern- und Schülergremien auf Kosten

der Behördenbefugnisse. Diese werden im Vergleich zum alten Gesetz sogar noch ausgedehnt. Trotz des objektiv rückschrittlichen Charakters des neuen Gesetzes ist eine Verweigerung der Mitarbeit in der gegebenen Situation die falsche Alternative.

Zum einen, weil es der Behörde gelungen ist, dieses Gesetz vielen Betroffenen als fortschrittlich vorzustellen. Nur wenn wir aktiv mitarbeiten, können wir alle davon überzeugen, daß dieses Gesetz dem hochtrabenden Demokratieanspruch nicht genügt, sondern geändert werden muß.

Zum zweiten gibt es auch in diesem Gesetz Ansatzpunkte, an denen Bemühung um Mitbestimmung erfolgreich sein kann, z.B. intensive Wahrnehmung des Rechts auf Information.

Wichtigste Grundlage für die Bemühungen um die Erweiterung der Selbstverwaltung der Schule muß die Betonung der gemeinsamen Interessen von Eltern, Lehrern und Schülern gegenüber jenen sein, die mit Hilfe dieses neuen Gesetzes ihre Bevormundung erreichen wollen. Das Hervorheben von Gruppeninteressen muß dagegen unbedingt zurückstehen.



Gemeinsame Interessen aller Betroffenen lassen sich nicht nur bei den Haushaltsforderungen der einzelnen Schulen aufzeigen. Lehrer, Eltern und Schüler haben ein gemeinsames Interesse an der Senkung der Klassenfrequenzen und an der besseren Ausstattung der Schulen.

Hier lassen sich gemeinsame Forderungen aufstellen, die den Betroffenen zugleich die realen Grenzen der Mitbestimmung im Rahmen dieses Gesetzes bewußt werden lassen. Ähnliches gilt für die Forderungen nach Mitentscheidung über die zu verwendenden Schulbücher, für zentrale Lehrplanentwicklung u.a.m.

Wir, Eltern, Lehrer und Schüler müssen durch unsere kritische Mitarbeit z.B. in den Schulkonferenzen den wahren Charakter des SchVG verdeutlichen. Dann wird allen Beteiligten klar werden, daß es notwendig ist, eine Neufassung des SchVG mit mehr Mitbestimmung für die Betroffenen und ihre Organisationen zu erkämpfen!

Ein bezeichnender Vorfall beleuchtet das Verhältnis der etablierten Parteien zur <u>direkten</u> politischen Einflußnahme von Eltern:

"Der Bildungsrat (ein unabhängiges von der Bundesregierung eingesetztes Gutachtergremium) hatte vorgeschlagen, den einzelnen Schulen größere Selbständigkeit zu geben und die Mitbestimmungsrechte von Schülern, Eltern und Lehrern auf Kosten der Behörde zu erweitern."

Reaktion der CDU: "Auflösung des Bildungsrats gefordert"!
Reaktion der SPD: "Eingrenzung des Aufgabenbereichs und
Beschlüsse nur mit 2/3 Mehrheit (d.h.
nicht gegen die CDU-Vertreter)

Kontaktadresse	Planungsgruppe:
----------------	-----------------

Lottemi Door	rmann 2	HH	50	Kielkamp 23	092311
Kontaktadresser	n in den Bezirk	en:			
Altona Bergedorf	Hedda Haag 2 Christel TEnge		50	Giesestr. 41	894264
Eimsbüttel	205	HH	80		7242897 445713
Mitte	Doris Krohn 2 Jürgen Timm 2	НН	76	Landwehr 21	259133
Niendorf	Dieter Peters	нн	61	Walter Schüler Weg11	582697
Nord	Elke Luckmann			Loogestieg 17	474834
Süderelbe	Gisela Bobzin				• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •
Wandsbek	Frank Böckmanı	HH	96	Reherstieg 19	7458694
	2	HH	65	Kristenbarg 17	6024998

802511

Verantwortlich für den Inhalt: Ewald Johannsen, Artur Flemming Auflage: 4 000, EXPRESS-DRUCK BERNHARDT+PLAUT, Dezember 1973 Die folgenden 13 Fragen wurden schriftlich an die SPD, F.D.P., CDU und DKP, mit der Bitte um Beantwortung auf höchstens 2 DIN A4-Seiten, gestellt.

- 1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß die Klassenfrequenzen grundsätzlich auf 25 Schüler gesenkt werden ?
- 2. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß alle 1. Klassen ab Herbst 1974 mit einer Frequenz von höchstens 25 Schülern eingeschult werden ?
- 3. Welche konkreten Schritte schlägt Ihre Partei vor, um den Lehrermangel und den Stundenausfall zu beheben?
- 4. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß <u>alle</u> fertig ausgebildeten Lehrer sofort eingestellt werden ?
- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß genügend Planstelle: eingerichtet werden, um
   den Unterricht entsprechend der Stundentafeln ohne Ein=
  - schränkung aurchführen zu können, 2. die Klassenfrequenzen senken zu können ?
- 6: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß die Zulassungs= beschränkungen für die Lehrerausbildung sofort aufgehoben werden ?
- 7. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß alle Bewerber nach dem bestandenen 1. Examen in das Studienseminar aufgenommen werden ?
- 8. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, das Studienseminar dem wachsenden Bedarf anzupassen ?
- 9. Welche konkreten Schritte schlägt Ihre Partei vor, um mehr und qualifizierte Lehrer, vor allem im Grundschulbereich, auszubilden?
- lo. Wie steht Ihre Partei zu den Plänen des Innenministers Genscher und aller Finanzminister der BRD, die Grundschul= lehrer kürzer auszubilden und schlechter zu bezahlen?
- 11. Wird sich Thre Partei für die Erhöhung der Mittel zur räumlichen und technischen Ausstattung der Grundschule einsetzen?
- 12. Wie beurteilt Ihre Partei die unterschiedliche Bemessung der Lehr - und Lernmittel in den verschiedenen Schulstufen ?
- 13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Finanzierung der erforderlichen Verbesserungen im Hamburger Schulwesen ?

Auf den folgenden Seiten finden Sie die Stellungnahmen der Parteien, welche im Original abgedruckt sind.

### SPD

 Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß die Klassenfrequenzen grundsätzlich auf 25 Schüler gesenkt werden?

Antwort: Bezogen auf Vorschul- und Grundschulklassen: "ja". Für die gymnasiale Oberstufe, das berufsbildende Schulwesen und die Sonderschulen wäre dies ein wesentlicher Rückschrit. Für die Mittelstufe läßt sich das Problem nur differenziert (Bildung von Lerngruppen losgelöst vom Klassenverband) langfristig lösen.

- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß alle 1.
   Klassen ab Herbst 1974 mit einer Frequenz von
   höchstens 25 Schülern eingeschult werden?
   Antwort: Nein. Der Stufenplan wird im Laufe der kommenden
   Legislaturperiode beginnend mit 1975 schrittweise
   in der Vorschule und in der Grundschule durchgeführt.
   (Soziale Brennbunkte zerst)
- 3. Welche konkreten Schritte schlägt Ihre Partei vor, um den Lehrermangel und den Stundenausfall zu beheben? Antwort: Insbesondere:
- a)unkonventionelle Bewerbungsmaßnahmen
- b)Studienberatung, Ziel: Lehrer in Mangelfächern auszubilden;
- c)Erhöhung der Mittel für Vertreter bzw. Lehrer, Feuerwehr (1973 140 Stellen, 1974 160 Stellen)
- 4. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß <u>alle</u> fertig ausgebildeten Lehrer sofort eingestellt werden?

  Antwort: Ja, was nicht heißt, daß auf Dauer allen in Hamburg ausgebildeten Lehrern in Hamburg ein Planstelle garantiert werden könnte. (Weil über 50 % aller Lehrer-Studenten an der Hamburger Universität aus anderen Bundesländern komm en)
- 5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß genügend Planstellen eingerichtet werden, um
  - 1. den Unterricht entsprechend der Stundentafeln ohne
  - Einschränkung durchführen zu können, 2. die Klassenfrequenzen senken zu können.

### Antwort:

- 5.1.: Das geschieht schon jetzt
- 5.2.: Die Schaffung zweiterer 2.300 Planstellen ist vorgesehen.
- 6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß die Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerausbildung sofort aufgehoben werden?

Antwort: Nein, das geht so uneingeschränkt nicht. Für Mangelfächer, ja; so hat z.B. die SPD-Fraktion den Senat ersucht, genügend Ausbildungsplätze für Berufsschullehrer zu schaffen.

7. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, daß alle Bewerber nach dem bestandenen 1. Examen in das Studienseminar aufgenommen werden? Antwort: Im Rahmen des Hamburgischen Bedarf und der

Hamburgischen Ausbildungsmöglichkeiten - ja.

8. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, das Studienseminar dem wachsende Bedarf anzupassen?

Antwort: Ausbau des Studienseminars: Summe Abt. 2 Datum Abt. 1 GvLehrer V/R-Lehrer 1.470 480 1.2.1973 990 528 1.578 1.050 1.8.1973 576 1.686 1.2.1974 1.110 1.830 720 1.8.1975 1.110

9. Welche konkreten Schritte schlägt Ihre Partei vor, um mehr und qualifizierte Lehrer vor allem im Grundschulbereich auszubilden?

Antwort: Senat und Fraktion haben für die Stufenlehrerausbildung mit Schwerpunkt Grundschuldidaktik bereits zugestimmt.

lo. Wie steht Ihre Partei zu den Plänen des Innenministers Genscher und aller Finanzuminister der BRD, die Grundschullehrer kürzer auszubilden und schlechter zu bezahlen?

Antwort: Hamburg setzt sich für die Beibehaltung der bisherigen Besoldung in Hamburg ein. Der Hamburger Finanzsenator hat den Plänen des Innenministers nicht zugestimmt.

11.Wird sich Ihre Partei für die Erhöhung der Mittel zur räumlichen und technischen Ausstattung der Grundschule einsetzen?

Antwort: Ja, geschieht bereits. So ist z.B. für den Haushalt 1974 eine erhebliche Erhöhung des sogenannten Warenkaufs für die Lehr- und Lernmittel beschlossen.

12. Wie beurteilt Ihre Partei die unterschiedliche Bemessung der Lehr- und Lernmittel in den verschiedenen Schulstufen?

Antwort: Sie wird dieses Problem mit Hilfe des neuen sogenannten "Warenkorbsystems" lösen (teilweise schon verwirklicht, s.h. Punkt 11).

13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Finanzierung der erforderlichen Verbesserungen im Hamburger Schulwesen?

Antwort: 1974 gibt Hamburg über 30 % seiner Gesamtmittel für Bildung aus. Das sagt mehr als alle langatmigen Vorstellungen.

### F.D.P.

- 1. Verbesserungen im Schulwesen durch Senkung der Klassenfrequenzen in den Eingangsklassen aller Schultypen stehen an der Spitze des Prioritätenkataloges der Hamburger F.D.P.; zunächst sollen dabei soziale Problemgebiete besser versorgt werden. Die Klassenfrequenz 25 wird auch von der F.D.P. als Ziel angesehen, das es zu erreichen gilt.
- 2. Nicht nur die 1. Klassen dürfen von der Verbesserung der Lehrerversorgung profititeren; auch die Schüler, die heute schon Hamburgs Schulen besuchen, müssen gerechterweise an Qualitätsverbesserungen teilhaben. Da die Situation an den Hamburger Volksschulen nicht sofort und überall tiefgreifend verbessert werden kann, ist ein Stufenkonzept erforderlich. Die F.D.P. hat dazu im Mai 1973 vorgeschlagen, freiwerdende und neugeschaffene Lehrerstellen zunächst den Schulen in sozialen Problemgebieten zuzuweisen, um dort zuerst Orientierungsfrequenz und Schüler-Lehrer-Relation und damit das Unterrichtsangebot verbessern zu können.
- 3. Im Volks- und Realschulbereich müssen vorübergehend noch weitere Lehrerplanstellen geschaffen werden, um den Stundenausfall auszugleichen. Diese Stellen können auch alle besetzt werden. Im Gymnasialbereich gibt es z.Zt. noch viele unbesetzte Stellen; um dieses Fehl auszugleichen, müssen vor allem in Mangelfächern wie Mathematik und Naturwissenschaften vermehrt Lehrer ausgebildet werden. Dazu bedarf es eines Ausbaus des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Universität. Einstweilen werden nebenamtliche und teilzeitbeschäftigte Lehrer in größerem Umfang gewonnen werden müssen, um das Unterrichtsangebot zu sichern.
- 4. Solange die gegenwärtige Mangelsituation anhält, werden weiter alle Lehrer so schnell wie möglich angestellt werden, die sich bewerben. Ausnahmen könnte es lediglich hinsichtlich solcher Fächerkombinationen geben, die bereits im Überschuß vorhanden sind. Die F.D.P. wird sich weiter gegen eine Hexenjagd auf "Radikale" zur Wehr setzen.
- 5. Nach den Berechnungen der F.D.P. kann man mit dem Lehrerbestand von 1972 allen Volksschülern von 1978 den von der Stundentafel vorgeschriebenen Unterricht in Klassen mit 27 Schülern erteilen. Mit den 1973 und 1974 neu geschaffenen Stellen erreicht man 1978 bereits eine Klassenfrequenz von 26 an der gesamten Grund- und Hauptschule. Die F.D.P.

wird sich für ein ausgewogenes Stufenprogramm zur Verbesserung der Situation in allen Schularten einsetzen. Vorrang haben dabei soziale Problemgebiete.

- 6. Entscheidend ist nicht die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen für Lehrerstudenten, sondern der Ausbau der Lehrerausbildungsstätten. Die F.D.P. fordert diesen Ausbau vor allem und vordringlich für die Bereiche, in denen an den Schulen noch Mangel herrscht: für die Vorschule, die Berufsschule und für eine Reihe von mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern im allgemeinbildenden Schulwesen.
- 7. Solange die gegenwärtige Mangelsituation weiterbesteht, wird am Studienseminar kaum ein Bewerber mit einer Fächerkombination abgewiesen werden, an der Mangel besteht.
- 8. Das Studienseminar wird zur Zeit für den Bereich der Volks- und Realschulen, in dem der Mangel bereits geringer geworden ist, um 12 % vergrößert. Für den Gymnasialbereich, in dem der Mangel immer noch großist, ist ein Ausbau um 50 % bis 1975 vorgesehen.
- 9. Im Zuge des Übergangs zur Stufenlehrerausbildung ist damit zu rechnen, daß vermehrt Lehrer ausgebildet werden, die spezifisch auf die Unterrichtssituation im Grundschulbereich hin vorbereitet sind.
- 10. Die Diskussion innerhalb der Partei, aber auch innerhalb der Bundesregierung ist noch nicht abgeschlossen. Die größten Chancen auch innerhalb der F.D.P. dürfte das Modell des Grund- und des erweiterten
  Lehramtes auf jeder Stufe haben, für das sechs bzw. acht Semester Studium und einheitlich 18 Monate Vorbereitungszeit erforderlich sind und
  das nach A 12 mit Zulage bzw. nach A 13/A 14 besoldet wird.
- 11. Die größten Engpässe in der Schulraumversorgung sind zweifellos überwunden. Damit werden Mittel frei zur Anpassung der bestehenden Schulräume an die Erfordernisse einer reformierten Grundschule.
- 12. Die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln muß verbessert werden. Dezu muß stufenweise das Warenkorbprinzip für Lehr- und Lermmittel auf alle Klassen- bzw. Schulstufen ausgedehnt werden.
- 13. Eine Reihe der von der F.D.P. geforderten Verbesserungen ergeben sich ohne zusätzliche Kosten aus dem noch auf lange Zeit anhaltenden Rückgang der Schülerzahlen. Die anderen, vor allem sächlichen Maßnahmen sind nur möglich, wenn der Anteil am Bruttosozialprodukt, der für Bildung aufgebracht wird, von gegenwärtig 4,5 % auf 8 % gesteigert wird.

### CDU

Wie Sie wissen werden, setzt sich die CDU bereits seit Jahren für eine Senkung der Klassenfrequenzen ein. Sie hat den Senat wiederholt darauf hingewiesen, daß es ungerecht ist, verfügbare Reserven an Lehrern einseitig den Gesamtschulen zugute kommen zu lassen statt sie für alle Hamburger Schüler, insbesondere in der Grundschule einzusetzen. Die CDU wird auch in den diesjährigen Haushaltsberatungen wieder 108 zusätzliche Planstellen für VR-Lehrer zur Senkung der Klassenfrequenzen beantragen. Wir unterscheiden uns von der Aktion "Kleine Klasse" in folgenden Punkten:

- Wir halten die Zahl von 25 Schülern pro Klasse nicht mit einem Schlage für erreichbar, sondern wollen schrittweise die Klassenfrequenzen in den nächsten vier Jahren senken.
- 2. Wir wollen Verbesserungen der Klassenfrequenzen für alle Schüler aller Grundschulklassen erreichen und halten es nicht für ganz gerecht, sofort für die Neuanfänger auf eine Klassenfrequenz von 25 zu gehen, wenn gleichzeitig für die anderen klassen in der Grundschule die bestehenden schwierigen Verhältnisse erhalten bleiben.
- 3. Wollen wir zwar eine Senkung der Lehrer-Schüler-Relation, die eine Klassenfrequenz von 25 entsprechen würde, halten aber bestimmte Sondermaßnahmen wie verstärkte Zahl von Förderstunden, kleinklassen für Verhaltensgestörte und Vorklassen für Gastarbeiterkinder für so vordringlich, daß wir dafür eine Klassenfrequenz von 27 Schülern für vertretbar halten.

Damit sind Ihre beiden ersten Fragen beantwortet.

Zu 3.

Die CDU fordert außer den 108 zusätzlichen Planstellen zur Senkung der Klassenfrequenzen die Einstellung von Verwaltungsassistenten und technischen Assistenten zur Entlastung der voll ausgebildeten Lehrer von den nicht pädagogischen Aufgaben. Dazu müssen verstärkte Maßnahmen der Lehrerwerbung treten.

Zu 4.

Selbstverständlich kann es keinen Rechtsanspruch auf Einstellung in den Staatsdienst lediglich aufgrund einer abgeschlossenen Ausbildung geben. iber die Planstellen im Haushalt muß das vom Volk gewählte Parlament entscheiden. Aber wir sind der Auffassung, daß in unserem Schulwesen so viele Mängel bestehen, daß wir wahrscheinlich alle Lehrer, die ihre Ausbildung in den nächsten Jahren abschließen werden, auch brauchen. Dies ändert nichts an unserem Standpunkt, daß wir Verfassungsfeinde nicht im öffentlichen Dienst als Beamte und schon gar nicht als Lehrer sehen möchten

Zu 5.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat in den Haushaltsberatungen in jedem Jahr mehr Planstellen für Lehrer gefordert als der Senat. Diese Anträge wurden von der Mehrheit von SPD und FDP leider abgelehnt. Die CDU wird sich auf künftig für eine Ausweitung der Lehrerplanstellen einsetzen.

Zu 6.

Das Problem zusätzlicher Studienplätze ist nicht einfach durch Aufhebung aller Zulassungsbeschränkungen zu lösen. Die CDU fordert einen Ausbau unserer Hochschulen, wobei die zusätzlichen Kapazitäten zuerst in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs geschaffen werden müssen. Hierzu wären Zahlen über den Lehrerbedarf notwendig, die wir leider trotz wiederholten Drängens vom Senat nicht bekommen.

Zu 7. und 8.

Die CDU hat mit verschiedenen Kleinen Anfragen und mit Haushaltsanträgen auf Neubau des Studienseminars gedrängt. Wir sind der Auffassung, daß das Studienseminar dem wachsenden Bedarf angepaßt werden muß.

Zu 9.

Die CDU ist der Auffassung, daß die qualitativen Verbesserungen im Grundschulbereich durch Senkung der Klassenfrequenzen in den nächsten Jahren erfolgen müssen. Deshalb sehen wir die Aufgabe mehr im Ausbau des Studienseminars und in der Lehrerwerbung als in der Ausweitung der Plätze für Studienanfänger. In den nächsten Jahren muß es möglich sein, in Verbindung mit den zahlenmäßig kleineren Jahrgängen die Grundschulreform und die für uns sehr wesentliche Einführung von Vorschulklassen zu verwirklichen. Demgegenüber sind Maßnahmen auch langfristiger Art zur Erhöhung der Lehrerzahlen im Sekundarbereich dringender.

Zu 10.

Eine Verschlechterung der Ausbildung und Bezahlung der Grundschullehrer lehnt die CDU-Fraktion ab.

Zu 11.

Eine Verbesserung der räumlichen und technischen Ausstattung der Grundschule wird von der CDU unterstützt.

Zu 12.

Die CDU ist nicht der Auffassung, daß generell für ältere Schüler mehr Lehr- und Lernmittel bereitgestellt werden als für jüngere. Die Zuteilung von Lehr- und Lernmitteln sollte aufgrund von pädagogisch erarbeiteten "Warenkörben" erfolgen. Dabei ist die CDU der Auffassung, daß Vorschuljahr und erste Grundschulklasse wegen ihrer großen pädagogischen Bedeutung in der Ausstattung und Zumessung von Mitteln besonders zu fördern sind.

Zu 13.

Die CDU hat für ihre haushaltswirksamen Anträge immer Deckungsvorschläge gemacht und wird dies weiterhin tun. Die CDU ist insbesondere der Auffassung, daß entbehrliches Staatsvermögen (z.B. die Antoile Hamburgs an der HEW und der Hamburger Landesbank, die zur Sicherung der Mehrheit in diesem Unternehmen nicht erforderlich sind) können veräußert werden, um dadurch gesellschaftspolitisch notwendige Investitionen im Bildungswesen zu finanzieren. Darüber hinaus ist die CDU der Auffassung, daß die Länder, bei denen die finanzielle Hauptlast der Bildungsfinanzierung liegt, gegenüber dem Bund einen höheren Steueranteil erhalten müssen.

### DKP

1. Wir sind der Meinung, daß die Klassenfrequenzen zwar nicht der einzige Maßstab dafür sind, ob unser Schulwesen den gestellten Aufgaben gerecht wird. Ebenso wichtig ist beispielsweise, was in den Schulen gelehrt wird. Aber die heute üblicher überfüllten Klassen benachteiligen gerade die Kinder, deren Eltern kaum oder gar nicht in der Lage sind, die Versäumnisse der Schule am Nachmittag nachzuholen, also die Kinder der Arbeiter und Angestellten.

Deshalb tritt die DKP schon seit Jahren für die "umgehende Herabsetzung der Klassenfrequenzen auf maximal 25 Schüler" ein. Soheißt es im Bildungsprogramm der DKP, und so ist es auch in das 10-Punkte-Programm, das Wahlprogramm der Hamburger DKP für die

Bürgerschaftswahl 1974, übernommen worden.

2. Es wäre unrealistisch zu verlangen, daß alle Klassen in allen Schulstufen und Schularten gleichzeitig nur noch 25 Schüler aufnehmen sollten. Dazu fehler die netwendigen Lehrer und Klassentäume. Die DKP tritt deshalb dafür ein, daß at Herbst 1974 vorrangig die 1. Klassen, nach Möglichkeit aber auch die anderen neu zu bildenden Klassen – also die 5. und 7. Klassen – nur noch mit 25 Schülern eingerichtet werden.

2. Lehrermangel und Stundenmangel sind natürlich eine Einheit. Denn wo keine Lehrer sind, kann auch kein Unterricht erteilt werden. Deshalb kommt es zunächst darauf an, alle Reserven auszuschöpfen. Es gibt noch immer zahlreicht ehemalige Lehrerinnen, die für die Schule gewonnen werden könnten, wenn man durch Kindergartenplätze und Teilzeitverträge gürstige Voraussetzungen schaffen würde. Auch aus dem Kreis der in nichtpädagogischen Berufen Tätigen, der jungen Facharbeiter und Angestellten ließen sich viele für den Lehrerberuf gewinnen, wenn ihnen die nötige finanzielle Hilfe für das Studium gegeben würde. Vor allem aber kommt es darauf an, die Lehrerausbildung nicht einzuschränken, wie das jetzt geschieht, sondern auszubauen. Mit dem Numerus clausus an der Universität und den Zulassungsbeschränkungen werden mögliche künftige Lehrer von dieser Berufswahl abgeschreckt und andere direkt abgehalten.

Beruf verbole

4.und 5. Diese Fragen enthalten zwei Probleme, die im Zusammenhang beantwortet werden müssen. Es geht dabei einmal um die Forderung, daß so viele Planstellen für Lehrer eingerichtet werden müssen, wie für die Durchführung des jetzt vorgesehenen Unterrichts und für die oben beschriebene Senkung der Klassenfrequenzen erforderlich ist. Die DKP unterstützt diese Forderung selbstverständlich. Denn was sollen Reformvorschläge, wenn sie nicht personell abgesichert werden.

In der Forderung nach Einstellung aller Lehrer steckt aber noch ein weiteres Problem. In den letzten Jahren sind Lehrer entlassen oder nicht eingestellt worden, nicht weil die Planstellen fehlten, sondern weil sie politisch nicht genehm waren. Betroffen waren hauptsächlich Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und Parteilose, immer also solche Lehrer, die sich in ihrer Studienzeit, während der Ausbildung am Studienseminar oder auch schon als Lehrer im Schuldienst besonders aktiv gewerkschaftlich für die Belange ihrer Kollegen und für eine demokratische Bildungsreform eingesetzt haben. Ihre Nichteinstellung ist nicht nur ein Unrecht, das den Betroffenen persönlich geschieht. Wenn solche Lehrer nicht eingestellt oder entlassen werden, wird auch die demokratische Reform der Schule gefährdet. Denn wie will man die Bildungsreform durchführen, wenn ihre aktivsten Vertreter aus den Schulen entfernt werden. Deshalb fordert die DKP die Aufhebung der Berufsverbote und die Einstellung aller bisher ausgebildeten Lehrer.

6. Die Notwendigkeit, den Numerus clausus aufzuheben, ergibt sich schen aus der Antwort zu Frage 3. Der dringende Lehrerbedarf erfordert den intensiven Ausbau des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und der anderen Fachbereiche, die überwiegend Lehrerstudenten ausbilden. Die notwendigen Mittel sind unverzüglich bereitzustellen.

7.und 8. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei dem bestehenden Lehrermangel wenigstens die Lehrer ihre Ausbildung in der kürzesten Zeit beenden können, die verfügbar ist. Deshalb müssen alle Bewerber in das Studienseminar aufgenommen werden. Allerdings erfordert das den umgehenden Ausbau des Studienseminars. Es müssen weitere Hauptseminare eingerichtet und der räumliche Ausbau des Studienseminars vorangetrieben werden. Die notwendigen Planstellen für Seminarleiter und Referendare sind bereitzustellen.

9.und 10. Die Ausbildung von mehr und qualifizierten Grundschullehrern erfordert vor allem, daß das Grundschullehrerstudium als gleichwertig anerkannt, die Grundschullehrer weder in der Bezahlung noch in der Arbeitszeit diskriminiert und die Grundschulen mindestens ebenso gut materiell ausgestaftet werden wie die anderen Schulstufen. und Schularten.

Das verlangt aber die entschiedene Zurückweisung der Pläne für eine neue Lehrerbesoldung, wie sie im Innenministerium des Herrn Geuscher (FDP) ausgeheckt werden. Die darin vorgesehene niedrigere Bezahlung und kürzere Ausbildung der Grundschullebrer muß dazu führen, daß die Grundschule auch weiterhin qualitativ hinter den anderen Schulstufen zurückbleibt. Die DKP verlangt dagegen eine qualitativ gleichwertige Ausbildung der Lebrer aller Schulstufen und Schularten.

11.urd 12. In der Konsequenz der voranstehenden Antwort tritt die DKP für die "Angleichung und Erhöhung der finanziellen Aufwendungen in den bestehenden Schularten" ein. (10-Punkte-Programm der DKP für die Bürgerschaftswahl). Damit würde die Voraussetzung geschaffen, endlich auch in der Grundschule eine technische Ausstattung zu beginnen, die der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung entspricht. Das ist umso wichtiger, als gerade in der Grundschule die entscheidenden Weicher für das spätere Leben gestellt werden,

13. Die DKP lehnt alle Pläne ab, die die Kosten der Bildungsreform -z.B. in Form einer Bildungssteuer - deuen aufbürden wollen, denen eine angemessene Ausbildung seit Jahrzehnten vorenthalten wird: den arbeitenden Menschen in diesem Land. Wir sind der Auffassung, daß in der Bundesrepublik genügend finanzielle Mittel zur Durchführung der notwendigen REformer, also auch einer demokratischen Bildungsreform, vorhanden sind. D Diese Gelder werden aber falsch verteilt und ausgegeben. Sie werden nicht ir Interesse der arbeitenden Bevölkerung, sondern überwiegend im Interesse der Konzerne und Monopole verwendet. Es kommt also darauf an, diese Gelder anders zu verteilen. Deshalb fordern wir:

- Senkung der Rüstungskosten um jährlich 15 %;

Wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung;
 Entsprechende Umvertwilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden;

- Was dann noch zu einer ausreichenden Finanzierung der Bildungsreform fehlen sollte, müssen die aufbringen, die auch ihren
Profit von einer guten Ausbildung haben: Die großen Konzerne
und Monopole müssen eine Bildungsabgabe in einen Bildungsfond
leisten, der von den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften kontrolliert wird.



**Buchhandlung GmbH** Internationale

2000 Hamburg 13 Johnsallee 67

4104572

BOSHOWITSCH, L. I.

Die Persönlichkeit und ihre Entwicklung im Schulalter Aus dem Russischen

1. Aufl. 70

(Volk u. Wissen)

Pappband, 9,80 M

(706 187 1/242584, Boshowitsch)

ERLEBACH / IHLEFELD Psychologie für Lehrer 468 S. mit 81 Abb. Pappband, 11,70 M (Volk u. Wissen) und Erzieher 2. Auff. 71

# nformationsmaterial

über die Neuerscheinungen der DDR - Verlage auf den Gebieten:

- ☐ Marxismus ☐ Geschichte
- ArbeiterbewegungSoziologiePädagogik Belletristik Pädagogik
  - □ Kunst
- Zeitschriften

- □ Politik ☐ Recht
- WirtschaftTechnikLiteratur-
- wissenschaft Schallplatten

Z A Z × E O E 五 三 5

Z

FACHBUCHIIANDLUNG

FSYCHOLOG PADAGOGIK

国 SUZJULUG Außerdem finden Sie bei uns:

für Schule und Universität, englische u. französische Literatur und Lehrbücher

Schlüterstr.44/Ecke Binderstr. Buchhandlung G.E.Woermann 2000 Hamburg - 13

5 Minuten von der U-Bahn Hallerstr.



das richtige Geschenk bei Buchhandlung Nordmann

Hamburg-Bergedorf-Lohbrügge Alte Holstenstraße 32 Ruf 721 49 52



# Westermann & Süchting

HAMBURG 50 Am Felde 4–16

**2** 39 15 59

### "Kleine Klasse": Reform der Grundschule eine leere Phrase

,Kleine Klasse': 25 000 Bürger unterschrieben

Die Hamburger Elterninitiative "Aktion kleine Klasse" hat der Schulbehörde vorgeworfen, nicht alle Möglichkeiten zur Senkung der Klassenfrequenzen auf 25 Schüler für die Schulanfänger ausgeschöpft zu haben.

bereits in diesem Jahr einsetzt, als "fer aller Realitäten". Es sei verantwo tungslos, wenn die "Aktion klei Klasse" entgeg wohlbekann Tatsachen und

erwecke, dir

Mit 25 000 Unterschriften Hamburr Bürger setzle sich gestern die Elt initiative Aktion "Kleine Klass" Schulsenator Günter Apel für V in den Grundschule fordert die Verkle

auf höchstens die Behebung

des Stunder

äumliche

ms Hamburg . ms Hamburg — Die "Aktion Kleine Klasse" (AKK) läßt nicht locker: Rund 5000 Kinder, Eltern und Lehrer werden sich am 3, Juli um 16 Uhr auf der Moorweide zu einem Demonstrationszug mieren und durch die In-nenstadt ziehen. Sie ve langen: Nicht mehr a' Kinder in den Klassen im Her'

Eltern lassen

nicht locker

which demacht der Regie

Eltern und Lehrer demonstrieren len sich in die Verantwo Das Hearing steht unt Das Agentagen der Age

nearing stent und "Federführung" der AK "rederiunrung" der Ak die Abwicklung und Ge der Demonstration ist Mit zwei Großyeranstaltungen will die Etterninitätive gen will die Klasse (AKK). Aktion keine Klasse die Mentichkeit auf Aktion die Aktion die Mentichkeit auf Aktion die Aktion die Mentichkeit auf Aktion die A uständig. Auf der Referente rearings stehen neb rn der GEW, der A beitskreises "Aktion kleine Klasse" (AKK) demnächst die Offentlichkeit auf zuständig. demnächst die Offentlichkeit auf ihre Forderungen aufmerksam machen, nämlich: Genkung der Massenfrequenz auf 2 kessektung und Behebung 4 kessektung gels. it ale Grundschukinder betskreises politiker gew der Jenoch der SPD, der urausgreiser gegen der Jenoch der Unter St. der SPD, der urausgreiser gegen der Jenoch der Urausgreiser gegen der Jenoch der Urausgreiser gegen der GEW d

Am 28. Jun AKK um 20 Juni

torium m

ten up

Parte

Angestredt. Verbesserung Ling alle Chilidechilkinder EHBIT GEHEN AND HIE STRANG

Wer

dart

pposition

orderinge the feet to thilding in Ihnen machte die Hitze nichts aus. Rund sechstausend waren gestern auf den Beinen: Lehrer, Erzieher, Eltern, Schüler und Kinder, In einer von

### He min i Une schemi Kind bleibt erunge wuren sichein. inte Schir Gemeinsam zu Hearing und Demonstration

Lehrergewerkschaft und "Aktion Kleine Klasse" wollen zusammenarbeiten

Eine Zusammenarbeit mit der Elterninitiative "Aktion Kleine Kla-Kanntger Find Lehrer sind schaft i Mehr Lehrer einem ö Mein zu teuer! Hamburg zusätzliche personn ier die Elterninitiative mir der der Elterninitiative mir der der der der Part L. Die Gewerkschaft wären erlorderlich issenschaft den Das Senschaft den Das Senschaf Millionen wären ertorderlich, um ertreter der drei Part L. Die Gewerkschaft issenschaft lädt mit den Das glieder zur mit dem Vorabene die Schülerzahl in drücken. Kleine glieder zur mit dem Vorabene die Schülerzahl zu drücken. Kleine

Einen ents die Schülerzahl in drücken. Das glieder zur Teilnab am Voraben. 10000 Mitglie kahauptet die die damit Au on Kleine Klassen auf der damit Auf da faßt "Wir sinc behauptet Sie des COU-Bildungsex ) und Lehres bisherigen Parc Klasse des COU-Bildungsex ) und Lehres lin Kleine Klasse. behaupte Sie kritisten damit Aur ion Kleine Klass behaupte Sie kritisten damit Aur ion Kleine Klass bisherigen Part Klasse. DU-Bildungsek: 1 — wie berichten Kleine Kla gerungen des Rühe, der das de Scheine Stelle Berungen Volker uon Kleine Klasse sing des Rühe, der diese se Senkung im großen und gerten Volker zu hoch und da 25 chang denen unserer G an der seit langem den 3. Juli ge-

planten Demonstration d gewerkschaft zu beteiligen. Im Gegenzug beteiligt s

an einer für den 28. veranstaltung im Audir 3,6 "Grundschulreform in Nur <sub>Personal</sub> der die Elternisit Veranstaltung im Audima

Mindon in der Grundschule, Es kam zuer gestehen Vostenlichten in

Rindorn in der Grundschulo. Es kam zwerdog, werden Vorkensbehinderungen in schonfällen bei der Domonstration. tet werden. Den datui Mehrbedarf an Lehrerstellen De

Möglichkeiten zur Verwirkli- schuie.

Chung dieser Forderung sind umstritten. In der 13köpfigen Planungsgruppe der de bislang fast 20 000 Unter-tion, die bislang fast 20 000 Unter-tiv ihre Ziele gesammelt hat, lie eigenen Forderun-

6000 demonstrierten für kleine Klassen Rund 6000 Hamburger Lehrer, Schüler, Rung euss Hamburger Lehrer, Schwier, Studenten, Eltern und viele kleine Kinder Ausschaften und viele kleine Kinder 9r. Hamburg, 4. Juli Stuconien, Ettern und viele Rieine Rinder demonstrierten gestern von 16.50 bis 18.

mfang in den EW enthalten. einer längerfrimit der Lehrervon seiten der hst nur um eine

Gennonstriorten Gestern von 10.50 bis 1015 Uhr durch die City (Foto). Sie uniterstüte ein damis die Endagen der Jahren. "Wir nenarbeit". Unit durch die City (Poto), sie unterstutz-ten damit die Forderung der Lebrer-nanumarkenkant und diese die Gestellen lfall überlegen, mit geworkschaft und einer Bürgerinitative wir zusammengegeworkscnatt und einer Burgerinniauve ande. "Kleinen Klassen" hit höchstens 25 kinden. In der Schalber 25 kinden. precher der Lehrerrend sich die "Aktion wesentlichen auf den dschule konzentriere, ler GEW breiter ge-38 setzten die Fachverkschaft zur Zeit ihre m Bereich der Grund-